Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 3407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 87 | Bezugspreis: Monatlich 3.50 Mk. frei Haus; bei Abholung 3.25 Mk. Bei Postbezug 3.50 Mk. monatlich oder 10.50 Mk. im Vierteljahr. Bestellgeld extra. Letzteres trägt der Verlag bei Einsend. des Bezugspreises a. d. Postscheckkonto. | Halle, Mittwoch, den 14. April 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenteil 40 Pf., im dreispaltigen Reklameteil 1.20 Mk. für die Millimeter-Zeile. Kollektivanzeigen mit 50% Aufschlag. — Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. — | 4. Jahrgang.

Die bayrische Reaktionsgefahr.

Die gegenwärtige bayerische Regierung des Herrn von Kahr ist nichts anderes als das Ergebnis eines **geglückten** Militärputsches. Was den Kapp-Lüttwitz in Berlin mißlungen ist, ist dem Mohl-Epp in München gelungen, weil dort große Teile des Bürgertums noch heute unter dem Eindruck des Schreckens der Räterepublik vom April 1919 leben. Als die Deutschnationalen und Deutschvolksparteiler an dem verhängnisvollen 13. März jene offene Stellungnahme gegen die Putschisten ablehnten und sich bereit erklärten, mit der neuen Regierung der Ordnung und Arbeit, d. h. der Gewalt und des Meineids, mitzuarbeiten, da dachten die Rechtsparteien nicht etwa daran, daß nun dauernd einige politisch überblöde Generalsuniformen das Reich regieren könnten; sie wollten vielmehr die Lüttwitz, Ludendorff, Bauer und Pabst nur als Sprungbreit benutzen, um selbst in

ein bürgerliches Sammelministerium hineinzukommen.

Noch am Mittwoch, den 17. März, als die Kapp-Episode sich bereits ihrem tragikkomischen Ende näherte, setzten die Stresemann und Leidig Himmel und Hölle in Bewegung, um bei der Liquidation des Putsches für die Deutsche Volkspartei ein Ministerpöstchen zu ergattern. Die großen Politiker von rechts, welche vom hohen Sockel ihrer politischen Weisheit aus verächtlich auf das Gewimmel der „Volksversammlungsdemagogen" herabsehen, die jetzt die Regierungsgeschäfte führen, glaubten tatsächlich naiv genug, durch den Putsch eine **Rechtsschwenkung der Politik herbeiführen zu können** und ahnten nichts von der ungeheueren Radikalisierung der Massen, die notwendig unmittelbar auf den militaristischen Gewaltstreich folgen mußte.

In München hatte es das Militär geschickter gemacht: es trat weniger deutlich hervor und schob gleich einige alte Bürokraten in den Vordergrund. Die Aussichten des bayerischen Staatsstreiches waren von vornherein glänzend, da dort das Zentrum nicht koalitionstreu, sondern als **Bayerische Volkspartei** ausgesprochen **reaktionär** ist und die Demokraten eine höchst gemischte und zweifelhafte Gesellschaft darstelle. So gelang die Ausschaltung der Sozialdemokratie aus der Regierung, die wir als Partei gewiß nicht zu beklagen haben, da sie uns von der Last der Regierungsverantwortung in dieser bösen Zeit befreit und uns die politische Bewegungsfreiheit zurückgibt.

Jedenfalls ist München jetzt ein reaktionäres Zentrum,

und daß der offen reichsfeindliche Bauerndoktor Heim nicht in das bayerische Ministerium eingetreten ist, ist wohl nur als Akt der Vorsicht anzusehen; denn die Politik, die da getrieben wird, entspricht durchaus seinen früheren Reden.

Offenbar von München ging die Konferenz der süddeutschen Minister aus, die freilich nicht ganz den Verlauf nahm, dem sich die bayerische Reaktion vielleicht davon erhoffte. In Baden, Hessen und Württemberg ist der Einfluß unserer Genossen stark genug, um jede offene Auflehnung gegen die Reichsleitung niederzuhalten, und so endete denn die Ministerkonferenz in Stuttgart mit einem klaren Bekenntnis zur Reichstreue. Aber in unmittelbarem Anschluß an diese Tagung gab der gegenwärtige bayerische Ministerpräsident **Dr. von Kahr** die Erklärung ab, daß Bayern unbedingt an den Einwohnerwehren festhalten werde, gleichviel, was die Entente vom Reiche fordere. Daß Kahr hinzugesetzt hätte, Bayern werde diesen Standpunkt behaupten, selbst auf die Gefahr zeitweiliger Trennung vom Reiche hin, ist amtlich bestritten worden. Aber viele Kundgebungen der deutschnationalen Landesverräter in Bayern haben jedenfalls diesen Gedanken ganz unzweideutig ausgesprochen. Jedenfalls richtet sich

die Spitze der bayerischen Politik gegen das Reich und gegen die Demokratie.

Fremdenverfolgungen, Austreibung von Ostjuden und Zeitungsverbote umrahmen lieblich das reaktionäre Gesamtbild.

Glücklicherweise ist dafür gesorgt, daß auch die Bäume der bayerischen Reaktion nicht in den Himmel wachsen. Franken wird den reichsfeindlichen und die Arbeiterschaft den reaktionären Zug der bayerischen Politik nicht mitmachen, und die nächsten Wahlen in Bayern werden schon auch dort mit den Rückschrittlern aufräumen. Bis dahin aber bleibt Bayern in vielleicht noch höherem Maße eine reaktionäre Gefahr, wie Pommern oder gewisse Strömungen in Schlesien und Ostpreußen. Der Kapp-Putsch war für die Monarchisten und Nationalisten eine verlorene Schlacht, aber der Krieg gegen sie ist noch nicht gewonnen; er muß vielmehr mit höchster Wachsamkeit und Tatkraft fortgeführt werden.

Eine Niederlage Millerands.

Die französischen Truppen werden zurückgezogen.

WTB. **Amsterdam**, 13. April. „Telegraaf" meldet aus Paris, das peinliche Schauspiel des Rückzuges Millerands dauere fort. Die Lord Derby überreichte Note bedeute die bedingungslose Kapitulation.

WTB. **Paris**, 13. April. Ministerpräsident Millerand wird, wie die Blätter melden, heute nachmittag in der Kammer eine Erklärung über die Ereignisse im Ruhrgebiet und über die Besetzung von Frankfurt und den anderen Städten im Maingau abgeben. Der englische Botschafter Lord Derby habe gestern nachmittag nochmals versichert, daß die Städte Darmstadt und Frankfurt zu gleicher Zeit mit den Städten Hanau, Diesburg und Homburg geräumt würden, und nicht staffelweise.

WTB. **Paris**, 13. April. Der englische Botschafter überreichte Millerand die Antwort, worauf Millerand versicherte, daß die kürzlich besetzten deutschen Städte **wiedervollständig geräumt würden**. Frankreich hätte eingegriffen, weil die deutschen Truppen die Zahl, wie sie am 8. August bestimmt wäre, im Ruhrrevier weit überschritten hätten. Das Verlangen der deutschen Delegation vom 8. April auf Verlängerung des Abkommens, das am 10. April ablief, zu welcher Zeit die Deutschen die neutrale Zone hätten räumen müssen, würde der Gegenstand eines Beschlusses der Chefs der Regierungen auf der Konferenz von San Remo sein.

Die Abreise belgischer Soldaten nach Frankfurt verschoben.

WTB. **Paris**, 13. April. Nach einer Privatmeldung des „Petit Parisien" aus Brüssel ist die Abreise des belgischen Bataillons nach Frankfurt am Main aufgeschoben worden. Dasselbe Blatt berichtet, daß die französische Regierung beauftragt hatte, daß Belgien an den militärischen Operationen im Ruhrgebiet teilnehme. Der Antrag ist jedoch von der belgischen Regierung abgelehnt worden.

Zurückziehung der Reichswehr.

WTB. **Amsterdam**, 13. April. Einer Reuter-Meldung zufolge erklärte Bonar Law im Unterhause ferner, die britische Regierung habe die Mitteilung erhalten, daß die deutschen Reichswehrtruppen bald aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen würden.

Aus dem Wuppertal.

Ein von **militärischer** Seite gegebener Bericht über die Lage im **Wuppertal** lautet:

Münster, 13. April. Tausende ehemalige Rotgardisten haben sich in das Wuppertal und seine Umgebung geflüchtet und warten dort auf einen für ihre Zwecke günstigen Zeitpunkt. Es herrscht infolgedessen überall große Unsicherheit. Einbrüche, Bandendiebstähle, Raub und Plünderung sind an der Tagesordnung. Besonders frech benehmen sich einige Banden am Rande der Wuppertäldte. Sie überfallen Bäckereien, einzelstehende Häuser und Bauerngehöfte, um Wäsche, Kleider, Lebensmittel und Geld zu erpressen. Das Raubgesindel ist teilweise vornehm gekleidet und oft nicht einmal der deutschen Sprache mächtig. Auch in den Städten kommt es bisweilen zu Schießereien mit Banden. Die gesamte Bürgerschaft und die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter hat das ganze Treiben satt. Eine Waffenabgabe hat im Wuppertal kaum stattgefunden. Die abgelieferten Waffen sind unbrauchbar. Zurzeit werden zahlreiche von den roten Truppen requirierte Personen- und Lastautos nach Holland verschoben.

Die kommende Brotpreiserhöhung.

WTB. **Dresden**, 13. April. Die der Regierung nahestehende „Deutsche Allgemeine Zeitung" brachte kürzlich eine Meldung, wonach der Brotpreis nächstens auf vier Mark fünfzig festgesetzt werden solle und im Sommer zehn bis elf Mark erreichen würde. Diese Nachrichten sind unzutreffend. Richtig ist, daß die Reichsstellen nächstens über die Festsetzung des Brotpreises Entschließung fassen werden. Der künftige Preis wird jedenfalls **wesentlich geringer als vier Mark fünfzig sein.** Wie sich der Preis im Sommer gestalten wird, darüber haben die Reichsstellen noch in keiner Weise Entschließung gefaßt und können es auch nicht, denn das hängt von noch völlig ungewissen Bedingungen ab, vor allem dem Ausfall der Ernte und den Einfuhrmöglichkeiten.

Berlin, 13. April. **Der Reichsrat hat den Entwurf einer Ergänzung der Verordnung über die Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln vom 18. Dezember angenommen. Es handelt sich um eine wesentliche Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise. Für den Rest des Wirtschaftsjahres wird der Mehlpreis auf 102 Mk. für den Doppelzentner erhöht, außerdem die von den Kommunalbehörden zu zahlende Vergütung auf 92 Mark. Die Preise für ein Kilogramm Brot, die infolge des hohen Prämiensystems am 1. Januar bereits auf eine Mark vierzig gestiegen waren, werden eine weitere Erhöhung auf ungefähr zwei Mark erfahren.**

Die Untersuchung gegen die Kappisten in Schlesien.

Breslau, 13. April. Von amtlicher Stelle wird für die Provinz Schlesien die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung des Materials bezüglich der am Kapp-Putsch beteiligten Personen, bestehend aus einem vom Oberpräsidenten ernannten Vorsitzenden, einem mittleren Beamten und je einem Vertreter der drei Koalitionsparteien: Mehrheitssozialisten, Zentrum und Demokraten angekündigt.

Oesterreich geht mit Italien konform.

WTB. **Rom**, 13. April. **Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, stellen der Ministerpräsident Nitti und der österreichische Staatskanzler Renner bei Besprechung der politischen Lage fest, daß sich eine Uebereinstimmung der Interessen zwischen Italien und Oesterreich gebildet habe.**

Zum amerikanischen Generalstreik.

New York, 13. April. Reuter. **Die Streiklage im Osten und Süden hat sich allmählich verschlimmert. Die erheblich vergrößerte Zahl der Streikenden hat zur Stillegung des Fracht- und Passagierverkehrs und zur Schließung der von den Eisenbahnen abhängigen Industrie geführt.**

Demokratie und Koalition.

Die Demokratie hat bei uns von jeher einen schweren Stand gehabt. In dem Deutschland, das die Kaiserkrone und die schwarz-weiß-rote Fahne zierten, fristete sie unter den Stiefeln der Generäle ein klägliches Leben. Als das alte morsche Gebäude am 9. November zusammenbrach, da kam sie aus ihrem Verließ hervor und erwies sich als lebenskräftig, während die Klassenherrschaft, der Geist des Absolutismus mit dem alten Plunder ins Grab sank.

Wäre damals die Sozialdemokratie sich nicht selbst treu geblieben, auch die Demokratie hätte dasselbe Schicksal ereilt. Aber die Partei der Arbeit erkannte, daß nicht eine Diktatur, von wem sie auch ausgehen möge, sondern daß nur eine Staatsordnung, aufgebaut auf demokratischer Grundlage, die Rettung des von den Militärs zu Tode gehetzten Deutschlands sein konnte. Wir erwiesen uns damals, als wir die Staatsgewalt übernahmen, als treue Verwalter eines heiligen Vermächtnisses, für das unsere Besten während des Sozialistengesetzes ihre Heimat verließen oder ins Zuchthaus wanderten: an der Demokratie. Wir waren davon **überzeugt, daß das von uns erstrebte Endziel nur erreicht werden konnte auf demokratischem Wege.**

Dieses Eintreten für die Demokratie legte uns als Partei naturgemäß manches schwere Opfer auf. Es wäre für die Partei als solche sicherlich vorteilhafter gewesen, wenn wir in den Novembertagen die Diktatur errichtet oder uns nicht um die Dinge gekümmert hätten, sondern in der Opposition verblieben wären. Das Wohl des Volkes, dem unser Wirken von jeher galt, stand uns aber näher und darum brachten wir das Opfer, traten die furchtbare Erbschaft, die das wilhelminische Deutschland hinterlassen hatte, an und hielten an der Demokratie fest. Wir haben damals erklärt, daß wir uns der Entscheidung des Volkes, wie immer sie auch ausfallen möge, fügen werden. Das haben wir getan. Wir haben auf Grund des Wahlausfalles die beiden stärksten Parteien des Parlaments nach uns aufgefordert, mit uns eine Regierung zu bilden. Im Verein mit Demokraten und Zentrum haben wir der Republik die demokratische Verfassung gegeben. Schulter an Schulter mit den Koalitionsparteien haben wir in hundert Kämpfen gegen die Putschisten siegreich die Demokratie verteidigt.

Sicherlich war uns diese Koalition manchmal sehr hinderlich. Wir mußten auf die Durchführung dieser und jener Forderung verzichten und Kompromisse schließen. Wir lernten die Koalition als ein Uebel kennen, verschlossen uns aber nicht der Einsicht, daß sie ein notwendiges Uebel ist. Wir hätten aus der Regie-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200414-16/fragment/page=0001

rung austreten und das Schicksal des Reiches in die Hände der bürgerlichen Parteien legen können. Das würde aber nicht nur ein Sichselbstaufgeben bedeuten, sondern das Chaos zur Folge haben, denn ohne oder gar gegen die Arbeiterschaft wird in der Republik niemand regieren können, ebensowenig wie eine rein sozialistische Regierung möglich ist. Weil wir uns aber nicht selber aufgeben wollen, weil wir vor allem nicht den Untergang des Landes wollen, und nicht zuletzt weil wir Demokraten sind, darum müssen wir unter den gegebenen Umständen an der Koalition festhalten, so unbequem uns das auch manchmal vom Parteistandpunkt aus sein mag.

Wenn wir die Notwendigkeit einer Koalition anerkennen, dann müssen wir auch alles unterlassen, was sie zu erschüttern imstande ist. Das heißt nicht, das wir von vornherein auf die Durchführung dieser oder jener Forderung verzichten. Heute müssen wir im verstärktem Maße darauf drängen, daß eine Politik getrieben wird, die keine Rücksicht auf irgendeine Klasse oder einzelne Personen nimmt, die uns nicht wieder einen 13. März beschert, die nur ein Ziel kennt, die rücksichtslose Durchsetzung des Volkswillens. Vorschläge von den Vertretern der verschiedensten Bevölkerungsschichten und Berufsstände können der Regierung nur willkommen sein. Bei dem vom Volke gewählten Parlament muß aber die letzte Entscheidung über die zu betreibende Politik liegen. Jede weitergehende Einmischung in die Entscheidungen des Parlaments und der Regierung würden unabsehbare Folgen für das ganze Land haben. Sie würden nur Mißtrauen gegen die Regierung säen und die Unruhe im Lande steigern.

In wenigen Wochen wird das deutsche Volk zur Wahlurne schreiten. Dann wird ohnedies die Entscheidung über das künftige Schicksal Deutschlands fallen. Bis dahin gilt es die Leiden des Volkes nicht zu vergrößern, sondern die alten und die neuen Wunden zu heilen. Das können wir aber nur, wenn nicht jeder auf eigene Faust Politik macht, wenn wir uns nur leiten lassen von den Interessen einer Volksschicht oder einer Partei, sondern nur dann werden wir diese Aufgabe erfüllen können, wenn wir uns den klaren Blick für das Ganze bewahren. Diese Politik mag in dieser Zeit dem Urteil der breiten Massen vielleicht nicht widerstehen, das Urteil der Geschichte aber wird sie nicht zu fürchten brauchen.

Deutsche Nationalversammlung.

Hue über den Kapp-Putsch und seine Folgen im Ruhrgebiet

WTB. **Berlin**, 13. **April**. 160. **Sitzung.**

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 5 Minuten.

Auf Anfrage Dr. **Mumm** (Dn.) wegen Abschaffung des Religionsunterrichts in Bremen wird regierungsseitig geantwortet, daß dieser Zustand mit dem Sinne der Reichsverfassung nicht in Einklang stehe. Die Regierung hat sich mit dem Bremer Senat ins Benehmen gesetzt.

Auf Anfrage Frau **Zietz** (U. S.) wegen Mißstände im Festungsgefängnis in Spandau wird regierungsseitig geantwortet, daß diese Klagen der Berechtigung nicht entbehren, daß jedoch von einer weitgehenden Verlausung nicht gesprochen werden kann. Berechtigten Beschwerden ist abgeholfen worden, neue Hemden werden ausgegeben.

Auf Anfrage **Beuermann** (D. Vpt.) wegen Schreckensregierung der Polen in Posen und Westpreußen wird regierungsseitig geantwortet, daß die Reichsregierung dauernd Gegenvorstellungen erhoben habe und Entschädigungen gefordert habe. Von Repressalien gegen Polen auf deutschem Gebiet sei bisher aus politischen Gründen abgesehen worden.

Auf Anfrage **Löbe** (Soz.) wegen Auszahlung der Gehaltsaufbesserung ab 1. April wird regierungsseitig geantwortet, daß die bis Ende März bewilligten erhöhten Teuerungszulagen weiter gezahlt werden sollen, ebenso die Kriegsbeihilfen.

Auf Anfrage Löbe (Soz.) wegen Veröffentlichung des Standes der schwebenden Schuld wird regierungsseitig geantwortet, daß diese Veröffentlichungen nächstens erfolgen sollen.

Auf Anfrage Frau **Röhl** (Soz.) wegen Versteuerung des Nähgarnes wird regierungsseitig geantwortet, daß um wucherischer Ausbeutung vorzubeugen, der Kleinhandel überwacht wird, und daß Verhandlungen eingeleitet sind, um Industrie und Handwerk nach Möglichkeit zu versorgen.

Auf Anfrage **Sagawe** (Ztr.) wegen planmäßigen Ankaufs von Grundstücken durch Ausländer wird regierungsseitig geantwortet, daß ein Gesetzentwurf über diese Materie demnächst dem Reichsrat zugehen wird.

Es folgt die Besprechung der Erklärung der Regierung, verbunden mit der

ersten Beratung des Notetats.

Abg. **von Payer** (Dem.) erklärt, seine Partei sei im allgemeinen mit der Regierungserklärung einverstanden. Sie begrüßt die Zurückweisung jeder Art von Nebenregierung.

Abg. **Hue** (Soz.): Auch meine politischen Freunde können sich im wesentlichen mit den Ausführungen des Reichskanzlers einverstanden erklären. Es entspricht durchaus den Anschauungen des arbeitenden Volkes, daß das ganze Unheil und Elend, das wir durchzumachen hatten, der

Schuld der Kapp und Genossen

entspringt (Sehr richtig! bei der Mehrheit. Widerspruch rechts.), umsomehr als die Rechtsparteien es so hinzustellen versuchen, als ob alles, was wir hinter uns haben, nur ein Werk des Spartakismus sei. Gegen eine solche Geschichtsfälschung haben wir uns im Interesse der öffentlichen Ordnung mit aller Entschiedenheit zu wehren. (Lebhafter Beifall bei den Soz.) Wir waren auf einem erfreulichen Wege des Aufschwungs, wir waren dazu gekommen, daß die Bergarbeiterschaft die Erfüllung ihrer Forderungen vertagte im Interesse der Allgemeinheit, daß sie sich trotz der miserablen Ernährung bereit erklärte, Ueberschichten zu machen, wir waren dazu gekommen, die Kohlenförderung arbeitstäglich auf über 300 000 Tonnen zu steigern, die Eisenbahn war in der Lage, täglich schon 22 000 bis 23 000 Wagen zu stellen. Auch die Eisenbahner hatten sich auf unsere Vorstellungen hin bereit erklärt, Ueberstunden zu verfahren, um dem Bergbau und den andern Industrien zu helfen. In diesem Vorfrühling unseres Wirtschaftslebens platzte nun wie ein Hagel der Putsch der Herren Kapp und Genossen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Es kann nicht scharf genug hervorgehoben werden, daß wir alle die Tatsache, daß wir hier noch sitzen, nur der kräftigen, mutvollen Abwehr der Arbeiterschaft verdanken. Das könnten wir nicht, wenn sie nicht mit dem gewaligen Mittel des Generalstreiks und, wo es nötig war, auch mit der Waffe in der Hand für die Verfassung eingetreten wäre. Hut ab vor den Verfassungskämpfern, Achtung vor den Leuten, die ihr Blut daran gesetzt haben, die Verfassung zu schützen! Das Reich wird nach Möglichkeit für die Hinterbliebenen dieser Verfassungskämpfer ausreichend zu sorgen haben (Beifall bei den Soz.), aus dem beschlagnahmten Vermögen aller der offenen und heimlichen Kappisten. Wir haben erlebt, daß aus diesem Verfassungskampf allmählich ganz im logischen Verlauf der Dinge sich die reinste Anarchie entwickelte. Man muß aber Protest dagegen erheben, daß behauptet wird, die Kämpfenden seien nur Anarchisten und Spartakisten gewesen. Als die Bevölkerung gegen das provokatorische Vorgehen der Putschisten sich erhob, da waren nicht nur Sozialisten, sondern auch Anhänger der christlichen Gewerkschaften und anderer Parteien dabei. Es ist nicht zu bestreiten, daß es nicht zum Blutvergießen gekommen wäre, wenn sich von Anfang an die militärischen Führer unzweideutig auf den Boden der Reichsverfassung gestellt hätten. (Sehr richtig!) Dann wäre das Mißtrauen, das durch eine nach meinem persönlichen Empfinden sehr ungeschickte Agitation gegen die Reichswehr in weite Kreise der Arbeiterschaft hineingetragen worden ist, nicht so gestiegen, daß es sich Luft machte in einem Kampf gegen die bewaffnete Macht. **Es wäre nicht zum Kampf mit dem Korps Lichtschlag ge**kommen, wenn der Führer einigermaßen dafür gesorgt hätte, daß man nicht

mit schwarz-weiß-roten Fahnen und hurrapatriotischen Liedern

in das Industriegebiet einmarschierte. Die Entstehung der Unruhen erklärt sich aus dem Wirrwarr der Nachrichten aus Berlin und nicht zuletzt durch die bewußt irreführenden Nachrichten des WTB. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wir haben dann versucht, und das ist im wesentlichen das Verdienst des Reichskommissars und jetzigen Ministers des Innern Severing, in Bielefeld ein Abkommen mit den Führern der kämpfenden Parteien zu treffen, um dem Blutvergießen Einhalt zu tun. Dieses wurde am 24. März abgeschlossen und sofort in den alten sozialdemokratischen Bezirken südlich der Ruhr, im Wuppertal und im Bergischen Lande anerkannt, sogar von den Unabhängigen. Als aber die Bewegung erst einmal in das Gebiet nordwestlich der Ruhr am Niederrhein hinüberkam, in jenes „Wildwestrevier“, in das Revier der Streikbrecher und Gelben, der zusammengetrommelten Ausbeutungsobjekte, da kam das, was jeder Kenner des Industriegebietes voraussehen mußte.

Da glitten den Führern die Zügel aus der Hand.

Es ist das Verhängnis der unabhängigen Partei, daß sie diese Zusammensetzung der Arbeiterschaft bei ihren Aktionen nicht berücksichtigt hat. Diese Elemente sind nicht sparakistisch und kommunistisch, sondern das sind Elemente, die die Waffe ergreifen, um sich zu bereichern. Einzelne Auslassungen der Unabhängigen beweisen, daß diese die Lage klar erkannt haben; sie schieben die Fortführung des Kampfes allerdings auf Spitzel. In der Tat wird bei einer gründlichen Untersuchung festzustellen sein, was für Elemente es gewesen sind, die nach dem Abschluß des Bielefelder Abkommens den Kampf noch fortgeführt haben, indem sie die Vollzugsräte zum Teufel jagten und mit dem Tode bedrohten. Der Diktator von Duisburg, namens Koch, war einer der Führer der Gelben. (Lebhaftes Hört, hört!) Das sind Erzeugnisse der kapitalistischen Erziehung, nicht die unsrigen, denn wir haben weder die Schule noch die Kirche in der Hand. (Sehr richtig! bei den Soz.) Hugo Delves, der die Roten Soldaten aufforderte, allen Bonzen mit dem Kolben den Schädel einzuschlagen, ist ein Mann, der sich in allen Entwicklungsstadien herumgetrieben hat. Gelber, Streikbrecher, Geist von Ihrem (nach rechts) Geist.

Das ist der reinste Militarismus.

Nicht nur Mehrheitssozialisten, nicht nur Bürgerliche, auch Vertreter der unabhängigen Partei und Kommunisten haben an Severing depeschiert, er solle Militär einrücken lassen, um die Bevölkerung vor dem Gesindel zu schützen. Es ist nicht zu bestreiten, daß der Einmarsch der Reichswehr ein Gebot der Notwendigkeit war. Und es ist darum eine ungeheuerliche Tat der französischen Regierung, daß sie, als die deutsche Regierung notgedrungen, um Leben, Gesundheit, Habe der Bevölkerung vor Verbrechern zu schützen, den Einmarsch befahl, daraufhin ihre Truppen in das Maingebiet einmarschieren ließ. (Lebhafter Beifall.) Praktisch bedeutet das eine Unterstützung jenes Gesindels, das uns im Ruhrgebiet eine Woche lang in Angst und Schrecken gesetzt hat. Die Regierung hat das alleräußerste getan, um den Truppeneinmarsch in das Ruhrrevier nicht notwendig zu machen. Durch Verhandlungen mit den Führern der Aufständischen, mit den politischen und militärischen Vertretern der Arbeiter ist alles versucht worden, um ihn zu verhindern. Aber schließlich herrschte Anarchie, jeder Abschnittskommandeur befahl nach eigenem Ermessen, die Vertreter des Zentralrates und der Vollzugsräte mußten flüchten. Inwieweit bei dem Vorrücken der Reichswehr die Abkommen von Bielefeld und Münster eingehalten worden sind, wer kann das in diesem Augenblick feststellen. Ich gebe gern zu, daß in einzelnen Abschnitten die Reichswehr entgegen den Abmachungen vorgerückt ist. Aber unzweifelhaft steht fest, und ich berufe mich dafür auf das Zeugnis des Abschnittskommandanten von Gelsenkirchen, daß in der Tat am Sonnabend vor Ostern noch zu hunderten Rote Gardisten gegen den Befehl des Zentralrates handelten.

Es ist gewesen wie im Kriege:

Die Fronten haben sich ineinander verbissen und konnten sich nicht voneinander loslösen. Und nun kommt die Frage nach dem bekannten ersten Schuß, das läßt sich nie feststellen. Jedenfalls muß auch festgestellt werden, was an den Gerüchten über standrechtliche Erschießungen und über Niedermetzelungen von Reichswehrsoldaten Wahres ist. Ich wünsche nur, daß die Untersuchung, die über die schaurigen Vorkommnisse im Ruhrrevier angekündigt ist, streng unparteiisch vor sich geht, und daß sich auf beiden Seiten in diesem Augenblick, wo der Kampf ruht, auch das Gefühl einstellt, es darf keine Rache geübt werden. Nur im alleräußersten Notfall darf die bewaffnete Macht eingreifen. Dieser Fall war im Ruhrgebiet gegeben, aber jetzt ist es an der Zeit, abzubauen, wir müssen wieder zur Arbeit, zur ruhigen Arbeit kommen. (Sehr richtig!) bei den Soz.) Wenn man die Arbeiterschaft durch wahnsinnige Gerüchte beunruhigt, wenn viele absolut Unschuldige, die aus der Heimat flüchten mußten, nicht zurückkehren können, dann kann noch keine Beruhigung im Industriegebiet eintreten. Es ist ja möglich, daß einige Kommunisten bereit standen, vielleicht auch ein paar Hunderte oder Tausende, aber die Gelegenheit, einen solchen Einfluß auf die Bevölkerung zu gewinnen, haben diese Elemente nur den Kappisten zu verdanken. (Erneuter lebhafter Beifall bei den Soz. Unruhe rechts.) Alles was an Plünderungen und Erpressungen begangen worden ist, wurde in einer Woche verübt, die diese Herren im Kriege gelernt haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) An das Märchen von den vielen russischen Offizieren glaube ich allerdings nicht. Ich vermisse in der Rede des Reichskanzlers eine klare Mitteilung darüber, in welcher Weise die Kappisten zur Rechenschaft gezogen werden. (Stürmisches Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Mitteilung wird auch in weiten Kreisen des Volkes vermißt werden. (Erneute Zustimmung bei den Soz.) Daß die Verbrecher im Ruhrrevier zur Rechenschaft gezogen werden, dem haben auch Vertreter der äußersten Linken zugestimmt. Ebenso richtig aber ist es, daß die geistigen Urheber dieser Anarchie zur Rechenschaft gezogen werden. (Beifall bei den Soz. — Unruhe rechts.) Wir können ja leider nicht von einer völligen Niederlage der Kappisten reden. Große Teile der Reichswehr, die sich offen für die Putschisten erklärt haben, stehen heute noch unter Waffen. Verfassungstreue Beamte, Soldaten und Offiziere werden von den Kappisten schikaniert, drangsaliert und gemaßregelt. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) Die Arbeiterschaft ist außerordentlich beunruhigt durch die Beobachtung, daß die Regierung bisher noch nicht mit der gebotenen Schärfe gegen Kapp und seine Genossen, die offenen und die heimlichen vorgegangen ist. Das ist die triftigste Erklärung dafür, daß in weiten Kreisen der Arbeiterschaft keine Neigung besteht, die Waffen abzugeben. Die alte Barbarenpolitik, die mit Blut und Eisen arbeitet, muß beseitigt werden, sonst kommen wir niemals zur Ruhe. (Lebhafter Beifall!) Severing verdankt die rheinisch-westfälische Bevölkerung in erster Linie, daß ein noch viel größeres Blutbad vermieden worden ist, weil er inmitten verlogener Berichterstattung nicht aus der Ruhe gebracht woren ist. Umso schärfer muß man den Münsterischen Anzeiger und andere Zentrumsblätter verurteilen, die immer noch gegen Severing hetzen. Da sagt man sich doch? Gehört das Zentrum überhaupt noch zur Koalition? (Große Unruhe im Zentrum.) Die Bergarbeiterverbände haben ein musterhaftes Bekenntnis zur Demokratie abgelegt. Das Gerede von der Nebenregierung ist gänzlich haltlos. Das Volk Deutschlands stellt sich die Entwicklung wesentlich anders vor, als sie bisher verlaufen ist. Es ist von einem starken Drang nach

Beseitigung des Privatkapitalismus

erfüllt. Ueber die Sozialisierungsabsichten muß daher bessere Aufklärung verbreitet werden. (Lebhafter Beifall bei den Soz.) Der Arbeiter weiß, daß der Kappistenputsch ohne starke kapitalistische Mittel nicht möglich gewesen ist. Deshalb will das Volk erfahren, was gegen die Großindustrie unternommen wird. Was will die Regierung tun, um den Uebergang unseres Industriebesitzes in ausländische Hände zu verhindern? Wann wird die Regierung die Sozialisierung des Kohlenbergbaues in die Wege leiten? Ehrliche politische Ueberzeugungen achten wir. Der überzeugte Monarchist muß sich doch aber klar darüber sein, daß Monarchisten in einer Republik nicht hohe militärische Führerstellen einnehmen können. Es muß dafür gesorgt werden, daß das Ausland die Sicherheit erhält, daß wir nicht jeden Monat einen neuen monarchistischen Putsch bekommen. Diese Sicherheit besteht heute noch nicht. Im Interesse des deutschen Volkes muß es heißen:

Die Waffen nieder!

(Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. **Trimborn** (Ztr.): Der Geist der Versailler Verträge hat durch unsern Einmarsch in das neutrale Gebiet nicht verletzt. Deutschland soll nicht zur Ruhe kommen. Sein Verbrechen besteht darin, daß es noch existiert. Das beweisen die heute veröffentlichten „Richtlinien“. Wir Rheinländer lehnen den rheinischen Pufferstaat ab. In zivile Aktionen soll das Militär sich nicht einmischen. Das Ruhrgebiet darf nicht vom militärischen Schutze entblößt werden. Die Waffenablieferung muß streng durchgeführt werden. Die vorgehenden Truppen müssen die nötigen Machtmittel haben. Eventuell müssen besondere Kriegsgerichte mit zivilen Beisitzern errichtet werden. Die staatliche Autorität muß jetzt nach rechts und links ihre Pflicht tun. Ein weichliches Begnadigungsrecht würde die Waffen der Truppe abstumpfen. Die Reichswehr hat sich im Ruhrgebiet große Verdienste erworben. Sie ist neben der Verfassung die wichtigste Säule des Reiches. Meine Kritik an der Koalitionsregierung entspringt der ehrlichen Absicht, diese Regierung zu stärken. Der Vorstoß Legiens bewegte sich in der Richtung, der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft im Staate eine Vorherrschaft zu schaffen. Eine reine Arbeiterregierung lehnen wir ab, auch unsere Arbeiter.

Reichskanzler Müller: Wir haben andauernd daran gearbeitet, das Programm, das ich vor vierzehn Tagen ausführte, in die Tat umzusetzen. Binnen kurzem hoffen wir, Ihnen die Vorlagen vorzulegen, die ich angekündigt habe. Aber in vierzehn Tagen können diese im Reichsrat und hier im Hause nicht erledigt werden. Wir haben mit der Gesamtheit der Alliierten verhandelt, daneben auch, aber direkt mit der französischen Regierung, ebenso mit London und mit Rom. Ich habe keinen Zweifel, daß die Kommunisten seit langem auch im Ruhrgebiet etwas vorgehabt haben. Wenn der Kapputsch nicht gekommen wäre, wäre es ein Kinderspiel gewesen, mit ihnen fertig zu werden. Die bolschewistische Bewegung verfolge ich aufmerksam.

Den Räuberhauptmann Hölz kann man keiner Partei anhängen.

Die Regierung hat eingegriffen, sobald die sächsische Regierung militärische Hilfe anforderte. (Lärm.)

Wir verfolgen die Vorgänge in Pommern und in Schlesien sehr aufmerksam. Im Ruhrgebiet konnten wir nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages dann erst vorgehen, sobald wir die Ueberzeugung hatten, daß die gesamte Bevölkerung es verlangte. Bis dahin mußten wir eine friedliche Entspannung versuchen. Die Fristverlängerung erfolgte, weil die Frist von dem kommandierenden General zu kurz bemessen war. Die höchste vollziehende Gewalt ist jetzt überhaupt an die Oberpräsidenten übergegangen. Das Ruhrgebiet ist für uns und für Europa so ungeheuer wichtig, daß Minister Severing seine höchst ersprießliche Tätigkeit dort noch fortsetzen muß.

Eine Militärdiktatur ist in Deutschland unmöglich.

Eine Nebenregierung, komme sie woher sie wolle, ist ebenso unmöglich. Die Forderungen der Gewerkschaften wurden uns von den Deputationen vorgetragen, die ich unter Hinzuziehung des Ressortministers genau so empfangen habe wie andere Deputationen. Ein Ultimatum ist uns nicht gestellt worden. Alle wichtigen Entscheidungen des Kabinetts sind ohne Parteirücksichten gefällt worden. Aus den Gebieten südlich der Ruhr haben wir dringende Bitten erhalten, auch von Gemeinden, von führenden Industriellen, nicht einzumarschieren. Der Einmarsch ohne zureichenden Grund würde uns auch internationale Schwierigkeiten bereiten. Wo keine Kampfhandlungen mehr stattfinden, muß es doch auch ohne Standrecht abgehen. Die außerordentlichen Kriegsgerichte werden vermehrt werden. Von einem wahllosen Begnadigungsrecht ist keine Rede. Die Kritiken aus den Kreisen der Koalitionsparteien möchte ich nicht missen, aber im Rahmen des Vertrauens, das die Parteien zur Regierung haben müssen.

Abg. **Lattermann** (Dn.): Die Regierung steht vollkommen unter dem Joch der sozialdemokratischen Gewerkschaften, auch in dem Falle Hölz. Mit schönen Worten hat der Reichskanzler gestern den französischen Militarismus angegriffen. Er hätte hinzufügen sollen: Oh, daß wir doch den deutschen Militarismus auch noch hätten! Dann könnten wir uns dagegen wehren. (Rufe: Unerhört!)

Reichswehrminister **Geßler** erklärt auf eine Bemerkung **des Vorredners, daß es nicht wahr ist, daß eine Abordnung**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200414-16/fragment/page=0002

bayrischer Reichswehr nicht von der Regierung empfangen worden sein soll.

Reichsjustizminister **Blunck**: Seitens aller Reichsstellen ist alles geschehen, um die Kappisten zur rechtlichen Verantwortung zu ziehen. Der Minister wendet sich dann

gegen die Deutsche Volkspartei und deren Haltung bei der Kappaffäre.

Er verliest den Aufruf der Partei vom 13. März. (Stürmische Zwischenrufe, Glocke des Präsidenten; Zuruf von rechts: Lügen!) Bei dem Redakteur Schnitzler ist am 11. März bei einer Haussuchung

ein vollständiger Organisationsplan des Putsches gefunden worden.

(Die weiteren Ausführungen des Ministers über die Vorgeschichte des Putsches werden von andauerndem Lärm der Rechten unterbrochen; Glocke des Präsidenten. Beifall, Lärm und Pfuirufe.)

Abg. Dr. Most (D. Vpt.): Der Herr Minister scheint die Absicht gehabt zu haben, durch Art und Tun seiner Ausführungen jedes Zusammenarbeiten für die Zukunft unmöglich zu machen. Es ist eine ungeheuerliche Uebertreibung, zu behaupten, daß die Kappisten allein schuld seien am Aufruhr. Man rechnete im Ruhrrevier allgemein mit einem Aufstand. (Lärm links.) Der Generalstreik hat den Boden bereitet für die rote Armee.

Das Streben nach der Militärdiktatur ist [illegible]

Das Streben nach der Rätediktatur aber auch.

Reichsjustizminister **Blunck**: Schnitzler war ein Vertrauter Kapps und in der Pressestelle der Gardekavallerieschützendivision tätig. (Zurufe rechts: Was hat das mit den Rechtsparteien zu tun?) Die kritiklose Aufnahme gewisser Notizen in die Blätter untergräbt die Disziplin in der Reichswehr.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Fortsetzung.

Schluß nach ½8 Uhr.

*

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung

beendete heute die allgemeine Besprechung über das Reichswahlgesetz. In der Einzelbesprechung wurde zunächst die Frage des automatischen Systems behandelt, dessen Annahme Minister Koch dringend empfahl. Einstimmig wurde demgemäß beschlossen. Während Abg. Katzenstein (Soz.) eine höhere Ziffer als 60 000 wünschte, um die Zahl der Abgeordneten nicht zu groß werden zu lassen, traten andere Abgeordnete lebhaft für die Regierungsvorlage ein. Minister Koch gab statistisches Material über die Wahlbeteiligung, wonach die Zahl 60 000 als richtig gegriffen erscheine. Gegen eine Stimme wurde an der Zahl 60 000 festgehalten. Die Einführung der Wahlpflicht wurde gegen zwei Stimmen als zurzeit nicht angängig abgelehnt. Minister Koch erklärte, daß die Regierung sich zunächst mit der Beibehaltung der alten Wahlkreise abfinde, wenn die Einführung einer neuen Wahlkreiseinteilung nicht mehr für möglich gehalten werde. Die Abgeordneten Katzenstein (Soz.) und Eichhorn (U. S.) hielten eine Verkleinerung der Wahlkreise auch jetzt noch für technisch durchführbar. Minister Koch trat für die Einsetzung einer Unterkommission zur Klärung dieser Frage ein. Er empfahl im allgemeinen Beibehaltung der alten Kreise, aber Teilung, wo sie zu groß seien. Abg. Andrè (Ztr.) meinte, daß eine Verschiebung der Wahlen nicht in Frage kommen könne. Dieser Auffassung stimmte auch Dr. Mittelmann (D. Vpt.) zu, da das Volk Neuwahlen verlange. In der Abstimmung wurde die Durchführbarkeit des in der Vorlage vorgeschlagenen Prinzips der Wahlkreiseinteilung (kleinere Kreise zu je drei bis fünf Abgeordneten) gegen fünf Stimmen abgelehnt. Für die Einteilung der Wahlkreise wurde ein Unterausschuß eingesetzt, dem ein Mitglied jeder Partei angehört.

Zur Frage der Verwendung der überschüssigen Stimmen hielt Minister Koch eine Einschränkung der Reichsliste für nötig, die sonst zu groß werden würde, nachdem die „elastischen Kreise" weggefallen seien. Es wäre sonst damit zu rechnen, daß ein Drittel oder Viertel aller Abgeordneten durch die Reichsliste gewählt würden, was viel zu viel sei, wie er den Gegnern der Reichsliste zugebe. Ein Wegfall der Reichsliste sei aber nicht möglich. Die Listenverbindung benachbarter Parteien im Wahlkreise könnte keinen genügenden Ausgleich schaffen. Man müsse die überschüssigen Stimmen daher außerhalb des Kreises sammeln. Neben dem großen Vorteil seien gewisse Nachteile bei der Reichsliste vorhanden, wie Interessenvertretungen, verdrängen der Zentralisation usw. Jede andere Verwertung der Ueberstimmen außerhalb des Kreises bringe aber dieselben Gefahren. Bei der Reichsliste wisse man wenigstens, wem man die Stimme zugute bringe. Es würde sich empfehlen, die Reststimmen erst in einer bestimmten Zahl von Wahlkreisen (drei oder vier) durch freiwillige Listenverbindung derselben Parteien zur Verwertung kommen zu lassen und erst den dann bleibenden Rest auf die Reichsliste zu schieben. Dann würden die überschüssigen Stimmen erst im engeren Gebiete gesammelt und die Reichsliste würde klein bleiben. Im weiteren Verlauf der Beratung erklärte sich Abg. Brodauf (Dem.), ebenso wie vorher schon Abg. Katzenstein (Soz.), mit dem Vorschlag des Ministers einverstanden. Abg. Dr. Quidde (Dem.) führte aus, daß eine Zusammenfassung von nur drei Wahlkreisen das richtigste sei.

In prinzipieller Abstimmung wurde der Grundsatz angenommen, daß die Reststimmen erst auf Nachbarschaftskreise und der dann verbleibende Rest auf die Reichsliste übertragen werden soll; ferner daß bei der Reichsliste und auch bei den Verbandskreisen Beschränkungen gegenüber den kleinen Gruppen vorgenommen werden sollen. — Weiterberatung Mittwoch.

11. internationaler Arbeiterkongreß.

Der Sekretär der Arbeiterinternationale erläßt eine Einladung zum 11. internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß, der am 31. Juli in Genf eröffnet wird. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: Frage des internationalen Zusammenschlusses, internationale Politik, Friede und Völkerbund, Demokratie und Diktatur, Sozialisierung, politisches und soziales Regime, Arbeitergesetze, Kolonialpolitik, Ein- und Auswanderung.

Auflösung des braunschweigischen Landtags. Pressemeldungen zufolge hat die Landesversammlung einstimmig eine Vorlage angenommen, wonach der Landtag am 15. Mai aufgelöst und Neuwahlen für Sonntag, den 15. Mai ausgeschrieben sind.

Millerands Erklärung in der Kammer.

WTB. **Paris**, 13. April. In der heutigen Kammersitzung hat Ministerpräsident **Millerand** u. a. erklärt:

Während der Kammerferien hat die Regierung die Initiative ergreifen müssen. Er legte die Ereignisse dar, die die deutsche Regierung veranlaßten, mehr Streitkräfte in die neutrale Zone einmarschieren zu lassen, als ihr gestattet sei. Der Standpunkt der französischen Regierung sei gewesen, daß gewisse Bürgschaften dafür gegeben werden müßten, daß der Friedensvertrag von Versailles nicht verletzt würde.

Am 21. März habe er dem französischen Botschafter telegraphiert, wenn die Deutschen selbst die Unruhen im Ruhrgebiet niederschlagen wollten, dann gäbe es nur eine genügende Bürgschaft, ein Pfand. Die französische Okkupation sollte je nachdem, wann die Deutschen ihre Truppen zurückzögen, endigen. Die französische Regierung habe in keinem Augenblick gegenüber der deutschen einen unversöhnlichen Standpunkt eingenommen, habe aber nicht die Verantwortung übernehmen können, selbst den Einmarsch deutscher Truppen in das Ruhrgebiet in Verletzung des Friedensvertrages zu genehmigen. Am 30. März habe die französische Regierung neue Gründe gehabt, an der Nützlichkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zu zweifeln, angesichts der Zeugnisse eines französischen Generals, der festgestellt hätte, „die Ordnung im Ruhrgebiet würde nur im Fall einer militärischen Intervention bedroht sein, und der Protest der Arbeiterdelegierten aus dem Ruhrbezirk". Trotz der französischen Note habe die deutsche Regierung ohne Ermächtigung eingegriffen. Er habe alsdann den alliierten Regierungen erklärt, er zweifle nicht daran, daß die alliierten Regierungen geneigt seien, die französische Regierung tätig zu unterstützen. Er habe nicht vergessen und vergesse nicht, daß nichts wünschenswerter sei als die normale Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Er verkenne die Schwierigkeiten nicht, mit denen die deutsche Regierung zu kämpfen habe, und er sei bereit, dem Rechnung zu tragen, unter einer Bedingung jedoch, daß die deutsche Regierung durch ihre Handlungen einen Beweis ihres guten Glaubens und Willens gäbe. — Millerand lobte alsdann „das bewunderungswürdige mutige Belgien".

Die Kammermitglieder, mit Ausnahme einiger Sozialisten, bereiteten dem anwesenden belgischen Botschafter eine lange Ovation. — Millerand schloß: „Ich freue mich, der Kammer mitteilen zu können, daß nach einem loyalen Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten von London und Paris diese sich geeinigt haben, zu erklären, daß die Auseinandersetzung zwischen Paris und London zu der Feststellung geführt habe, daß, wenn sich zwischen ihnen eine Meinungsverschiedenheit über die Mittel, die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles sicherzustellen, herausgebildet habe, sie mehr denn je die Notwendigkeit erkennen, ihre freundschaftliche Zusammenarbeit für die Regelung der schwierigen Fragen aufrecht zu erhalten.

Louis Barthou erklärte darauf, die französische Regierung habe mit der notwendigen Klugheit und Entschlossenheit gehandelt, und sie müsse namentlich in San Remo die gleiche Politik verfolgen.

Die Wirren im Vogtlande.

Ein Flugblatt der sächsischen Regierung.

WTB. **Plauen i. V.**, 13. April. Heute vormittag wurden von einem Flieger Flugblätter abgeworfen, die folgenden Wortlaut haben:

„An die Bevölkerung! Zur allgemeinen Beruhigung wird mitgeteilt, daß die Aufgabe der Truppen darin besteht, das Vogtland von der Gefahr zu befreien, in die ein Hölz die Bevölkerung gebracht hat. Es gilt zu verhindern, daß Hölz seine Drohung mit Mord, Brand und Plünderung wahr machen kann. Es gilt zu verhüten, daß Hölz die vogtländische Industrie völlig vernichtet und damit Elend und Untergang für die arbeitende Bevölkerung heraufbeschwört. Nicht gegen die Arbeiter, sondern zu ihrem und aller Schutze kommen die Angehörigen der Reichswehr ins Vogtland. Darum bitten wir, ihnen Vertrauen zu schenken und sie nach besten Kräften zu unterstützen."

Das Flugblatt ist von den Mitgliedern der sächsischen Regierung unterzeichnet.

Die Reichswehr in Oelsnitz einmarschiert.

WTB. Oelsnitz, 13. April. Unter klingendem Spiel sind heute von Hof kommend Reichswehrtruppen kampflos hier eingezogen. Die öffentlichen Gebäude wurden sofort besetzt.

Der Kommunist Hölz kam gestern in Begleitung dreier Genossen im Automobil von Bad Elster und versuchte, bei Grün über die böhmische Grenze zu gelangen. Dieser Versuch mißglückte jedoch. Zwei der Autoinsassen wurden von der Grenzgendarmerie verhaftet, während es Hölz und dem vierten Mann gelang, wieder nach Bad Elster zurückzukehren. Die beiden Festgenommenen wurden nach Hof gebracht.

Schutzmaßnahmen in Meerane.

WTB. Merane i. S., 13. April. Heute früh sind hier sämtliche Banken und Kassenstellen einschließlich der Reichsbanknebenstelle geschlossen worden. Auch der Geldpostverkehr ist eingestellt. Wie verlautet, soll diese Maßnahme mit der Befürchtung eines Angriffes bewaffneter Banden aus dem Vogtlande zusammenhängen.

Zu der Millionerpressung.

WTB. **Plauen i. V.**, 13. April. Die gestern abend verbreitete Meldung über die Auslieferung der von Hölz erpreßten Million stellt sich als ungenau heraus. Das von Hölz zur Abholung des Geldes nach Plauen geschickte Automobil ist hier nicht eingetroffen. Darauf wurden die beiden Kassenbeamten der Klingenthaler Zweigstelle der Vogtländischen Bank heute vormittag mit dem Gelde auf die Fahrt nach Klingenthal gesandt. Sie wurden aber in Oelsnitz von der Reichswehr angehalten. Hölz hat nun heute vormittag in Klingenhal 15 dortige Bürger zu einer Versammlung in das Rathaus geladen und hält sie dort fest. Er droht, bis zum Aeußersten gehen zu wollen, wenn er das Geld nicht erhalte.

Die verfassungstreue Reichswehr kaltgestellt?

Zu unserer gestrigen Notiz: „Verfassungstreue Reichswehrtruppen als Grenzschutz" bringt der „Vorwärts" als Ergänzung folgende aufsehenerregende Nachricht seines Hamburger Korrespondenten:

Die im weiten Umkreis von Hamburg liegenden Reichswehrtruppen — in Frage kommen das 1. und 2. Bataillon des Regiments 18 und die Pioniere aus Hamburg — haben am Montag von dem Stettiner Wehrkreiskommando den Befehl bekommen, zum Grenzschutz an die polnische Grenze abzugehen. Auf dem Hamburger Telegraphenamt sind folgende Telegramme mit übereinstimmendem Text von einer Anzahl Offiziere abgesandt worden: „Ab am 14. nach Indien." Daran schließen sich Abschiedsgrüße an Privatleute. Ein Offizier telegraphiert an einen Vizefeldwebel: „Abrüstung Blödsinn, Ihre Entlassung Quatsch, brauchen Sie in einigen Tagen, der Truppenteil wird gesäubert."

Wie unser Korrespondent zu diesen Dingen aus wohlinformierten Kreisen der verfassungstreuen Reichswehr erfährt, handelt es sich ganz offenbar darum, daß die in Frage kommenden Truppenteile, deren Mannschaften und Unteroffiziere sich während des Kapp-Putsches als verfassungstreu erwiesen, an Orte gebracht werden sollen, wo sie — nach der Aeußerung eines Offiziers gegenüber unserem Gewährsmann — „hinter Bretter gesetzt und wieder in das richtige Fahrwasser" gebracht werden sollen.

Abgesehen davon, daß von einer polnischen Gefahr wohl in den weitesten Kreisen nichts bekannt ist, verdient auch der Umstand bemerkt zu werden, daß Hamburg durch diese Maßnahmen vollständig von Reichswehr entblößt würde. Als einzige militärische Formation bliebe — der Garnisonälteste in Hamburg übrig, der sich augenblicklich mit der Untersuchung gegen die hochverräterischen Offiziere beschäftigt, die durch die Art, wie sie geführt wird, das Mißtrauen weitester Kreise hervorruft.

Irren und Wirren in der U. S. P.

Zur Ergänzung unseres Leitartikels vom Montag, worin die Unklarheit und Zerrissenheit der unabhängigen Partei gekennzeichnet wurde, lassen wir den Bericht des „Vorwärts" über die fortgesetzte Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der U. S. P. folgen. Der Wirrwarr läßt sich in dieser „Partei ohne Politik" bald nicht mehr überbieten.

Zunächst sprach **Vollmershaus**, der die Taktik der Gewerkschaften im Generalstreik verteidigte, dabei aber lebhaften Widerspruch fand. **Maltzahn** von der „Betriebsrätezentrale" klagte, die Partei habe sich in das Schlepptau des Gewerkschaftsbundes nehmen lassen und fand den Abbruch des Generalstreiks verfrüht. **Hilferding** legte dar, daß der Generalstreik gegen die Gewerkschaften und gegen die „Rechtssozialisten" nicht weiter geführt werden konnte, die U.S.P. hätte jeden Einfluß auf die weitere Entwicklung der Dinge verloren. Hilferding fand „Widerspruch und lebhaften Beifall". Weitere Redner klagten über das neue „Ueberwuchern der Gewerkschaften", die Führer hätten infolgedessen das Vertrauen der Massen verloren.

Entzückend wie immer war der Justizrat **Broh**, er sagte u. a.: „Es ist die Taktik der Lüge, des Verrats, die die U.S.P. immer befolgt hat. Deshalb können wir das Vertrauen der Massen nicht bekommen. Am schlimmsten sind für mich Däumig und Leon, weil sie scheinbare Revolutionäre sind, aber immer, wenn es zum Kampf kommt, abblasen und unterbrechen. Es gibt nur eine Rettung und Parole für die U.S.P.: Heraus aus dieser Verlegenheit, sonst gehen alle Mitglieder zur K.P.D. über."

Ein Teil der U.S.P.-Delegierten unterstrich diese Rede, in der der eigenen Partei „Lüge und Verrat" vorgeworfen wird, noch mit „lebhaftem Beifall". Das war nun mehr Radikalismus, als selbst **Ledebour** vertragen konnte, er setzte sich mit Broh so lebhaft auseinander, daß es darüber zu verschiedentlichen Unterbrechungen der Versammlung kam. Ledebour führte aus, daß die Macht der Arbeiter nicht in der Bewaffnung, sondern im Generalstreik liege. Nachdem auch noch Breitscheid gegen Broh geredet hatte, sprach **Berger** für Annahme eines Mißtrauensvotums gegen die „Freiheit". **Wegmann** sekundierte. **Barth** fand, daß der Generalstreik überhaupt nur Zweck habe, wenn der bewaffnete Aufstand dahinter stehe. Hauptsache seien die geheimen Organisationen. „Es war ein gewissenloses Verbrechen am Berliner und am deutschen Proletariat, welche Leitung hier in Berlin gewesen ist." Schließlich wurde die Versammlung abermals vertagt.

Gewerkschaften und Parteien.

Die an den Berliner Vereinbarungen beteiligten gewerkschaftlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände hielten am Sonntag vormittag eine gemeinsame Sitzung ab, in der die Vertreter der Afa den Antrag stellten, künftighin keine gemeinsamen Veröffentlichungen mit den politischen Parteien vorzunehmen. Die Vertreter der Afa begründeten diesen Antrag mit der verschiedenartigen parteipolitischen Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaften und fanden bei den Beamten Unterstützung. Zum Schluß erklärte auch der Gewerkschaftsbund, der Anregung der Afa nicht widersprechen zu wollen, um die Zusammenarbeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten aufrecht zu erhalten. Am Abend fand eine gemeinsame Sitzung der gewerkschaftlichen Verbände mit den beiden sozialistischen Parteien statt, die ihre Bereitschaft erklärten, die Aktion der Verbände zum Schutze der Republik in jeder gewünschten Form unterstützen zu wollen.

Von bürgerlichen Blättern ist in der letzten Zeit das Gerücht kolportiert worden, die Sozialdemokratische Partei habe sich von der gemeinsamen Aktion mit den Gewerkschaftsverbänden zurückgezogen. Durch die Vorgänge in den letzten Sitzungen wird der wirkliche Sachverhalt klargestellt.

Kurze Notizen.

Proteststreik der Richter. Aus Beuthen (Oberschlesien) kommt die Meldung: Anläßlich der Ausweisung des Ersten Staatsanwalts streiken die Richter. Alle Termine wurden aufgehoben. Ebenso streiken alle mittleren und unteren Justizbeamten. Nach der „Oberschl. Zeitung" trat man mit den übrigen oberschl. Gerichten in Fühlung, um einen allgemeinen Streik der Justizbeamten des ganzen Abstimmungsgebiets herbeizuführen. — Die interalliierte Volksabstimmungskommission in Oppeln hat bestimmt, daß Gemeinde und Kreis Hindenburg O.-S. den Namen Zabrze (Hindenburg O.-S.) zu führen hat.

Solidarität zwischen Postbeamten und Richter. Die Vertreter der Postbeamtenschaft des Abstimmungsgebiets billigten das Vorgehen der Justizbeamten, mit denen übereinstimmend sie fordern: Unantastbarkeit der Beamtenrechte und sofortige Aufhebung aller Verordnungen, die die Verbindung der oberschlesischen Beamten mit dem Mutterlande beschränken oder verhindern. Sollte das Vorgehen wirkungslos sein, so wird die Postbeamtenschaft nötigenfalls durchgreifende Maßnahmen beschließen.

Drohender Generalstreik in Oberschlesien. Die oberschlesischen Angestelltenverbände beschlossen am 15. April den Generalstreik der 25 000 ihnen angehörenden Angestellten zu erklären, falls bis dahin der Schiedsspruch des Gleiwitzer Schlichtungsausschusses vom 27. März vom Arbeitgeberverband der Schwerindustrie nicht anerkannt ist.

Steuerabzug vom Lohn. Auf Grund des Gesetzes zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes vom 31. März 1920 wird der Tag des Inkrafttretens vom Reichsfinanzminister demnächst bestimmt werden. Erst mit dem Inkrafttreten der Bestimmungen darf der Lohnabzug erfolgen. Auf bereits erfolgte Lohn- und Gehaltszahlungen erstreckt sich der Abzug nicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200414-16/fragment/page=0003

Leipzigerstrasse 88 Fernruf 1224. Fernruf 1224.

U.T

Alte Promenade 11a Fernruf 5738. Fernruf 5738.

Ellen Richter
in dem großen Filmdrama in 5 Akten.
„Die letzten Kolczags."

Morgen letzter Tag!
Carmen mit Pola Negri.

Ab Freitag, 16. April 1920
2
gewaltige Erst-aufführungen

„Mascotte"
Drama in 4 Akten nach dem bekannten Roman
Die Ballhaus-Anna.
Aus dem Inhalt: Anna, die Streichholz-Verkäuferin. — Bei Nacht und Nebel verstossen. — Im Hause Wahrendorffs. — Einem ungewissen Schicksal entgegen. — Die berühmte Ballhaus-Anna. — Ein Wiedersehen mit Wahrendorff. — Dem Glück entgegen. — Die Rache — Ruiniert. — Das tragische Ende d. Ballhaus-Anna.

Morgen letzter Tag!
Die Rose des Ostens, orientalischer Liebesroman in 5 Kapiteln.

Walhalla-Operettentheater.
Anfang ½8 Uhr:
„Eva".
Operette von Franz Lehár.
Kasse 10-1½ u. 4-5½.

Stadt-Theater
Donnerstag, d. 15. April, Anfg. 7, Ende 9½ Uhr:
Woyzeck.
Freitag:
Der Wildschütz.

Logensaal, Albrechtstraße 6.
Freitag, den 16. April, abends 8 Uhr
Vortrag
des Herrn Dr. Müssemann aus Berlin:
„Die Notwendigkeit des einheitlichen Zusammenschlusses aller leitenden Angestellten."
Eintritt nur für Mitglieder und eingeführte Gäste.
Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie.
Ortsgruppe Halle.
Der Schriftführer:
Höfgen, Rudolf-Haym-Str. 20.

Licht-Spiele
Erstaufführung!
Ab Freitag, den 16. April, täglich!
Friedrich Zelnik
in seinem grossen Filmschauspiel in 5 Akten
Die gelbe Fratze
Nur noch bis Donnerstag:
Wie das Schicksal spielt!
mit Hilde Wolter.
Wochentags Einlass 3½ Uhr. Beginn 4 Uhr.
Letzte Vorstellung: 8.20 Uhr.
Fernsprecher 4681.
Grosse Ulrichstr. 51
Im Herzen der Stadt

Halle, Krausenstr.
Zirkus
Gebr. Blumenfeld jr.
Täglich 7 Uhr abds.:
Gadbin's Sturz
aus der Zirkuskuppel und die weiteren
Attraktionen.
Vorverkauf: Zig.-Haus Thümmel, Riebeckplatz, Tel. 6373, u. v. 10 Uhr vorm. ab an den Zirkuskassen.

Apollo-Theater
Täglich abends 7½ Uhr:
Die **kleine Hoheit.**
Operette von M. Knopf.
In den Hauptrollen:
Fanny Köbe, Fritz Schulz.
Vorverk. 9—1 u. 5—½7.

Hundekuchen, Futterkuchen für Ziegen, Salzleckrollen,
Dr. Grableys Mineralsalz und alles zur Kleintierzucht Erforderliche
kaufen Sie vorteilhaft in der
„Eiverge", G. m. b. H.,
Gr. Märkerstr. 5.

Zur Maifeier
empfehle
Ansteckblumen, Abzeichen und Kinderbelustigungs-Artikel
Grosse Auswahl bei billigsten Preisen.
Paul Lange, Merseburger Strasse 168, neben dem Apollo-Theater.

Rolladen Jalousien Markisen
usw.
liefert u. repariert Fach-Firma:
Hönemann
Büro: Am Bauhof 1.
Fernr. 5849 u. 3631.

Der Stahlhelm
Morgen Donnerstag, den 15. April, abends 8 Uhr im „Nikolaus"
Mitglieder-Versammlung
u. a. Neuwahl des Schriftführers.

Bei Störungen u. Stockungen der Blutzirkulation gebrauchen Sie sofort stets die seit vielen Jahren erprobten echten Menstruationstropfen
„Frebar", extrastark.
Erhöhte, beschleunigte Wirksamkeit durch Doppelflaschen extrastark in Verbindung mit Frebar-Pulver oder Frebar-Tee. Erhältlich in allen größeren Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften. Hauptdepots: **Adler-Apotheke,** Geiststr. 15; **Sanitäts-Depot,** Leipzigerstr. 11; **E. Kertscher,** Leipzigerstr. (Ecke Poststraße); **E. Klapperbach,** Gr. Ulrichstr. 41, **M. Waltsgott Nachf.,** Gr. Ulrichstraße 30, **Albert Schumann,** Steinweg 46/47, **Fritz Speer,** Große Ulrichstraße 63.
Generalvertrieb: 33
PHARMACOPIA, Berlin C. 19, Wallstraße 26.

Wir liefern Brennholz
Kiefern u. Buchen ofenfertig
H. Proepper & Co. G.m.b.H.
Kontor: Magdeburgerstr. 55. Fernsprecher 6080 u. 4540.
Lagerplatz: Delitzscherstr. 82. Fernsprecher 1259.

Leder-
Ausschnitt, 947
Schuhmacher-Bedarfsartikel, Maß-Schäfte, Ledercreme, Apreturen.
F. Noah,
Leipziger Strasse 16, Ecke Gr. Sandberg.

Reparaturen an **Uhren**
übernimmt bei solider Ausführung zu normal. Preisen
H. Lerner, Uhrmacher, Gr. Steinstraße 85 (gegenüber Barfüßerstraße).

Achtung!
Zahle hohe Preise
für Altmetalle, Papier, Lumpen, Eisen, Knochen
usw.
Händler und Fabriken Extrapreise.
Bestellungen werden abgeholt.
Anna Müller,
Kl. Ulrichstr. 23, vorn im Geschäftskeller.
Vertreter: Curt Zöhl.
Kulante Bedienung! Geschäftszeit v. früh 8 bis abends 6 Uhr.

Ein
Maurerpolier,
der Erfahrung in Hoch-, Tief- und Industrie-Bauten besitzt, per sofort gesucht. Angebote mit Lebenslauf und Gehaltsanspr. sind zu richten an
Chemische Fabrik Bukau,
Werk Ammendorf bei Halle a. S.

Graue Haare und Bart
erhalten garantiert die frühere Farbe wieder ohne diese zu färben durch meinen **Haar-Balsam** (i. 12 J. Tausd. Dankschreiben und Nachbestellungen. 1 Orig.-Fl. Mk. 5.50, 3 Fl. zur Kur Mk. 15.— durch
F. Reitz,
Neu-Isenburg (A. 319).

Holzpantoffeln
nicht mitgestückeltem Lederblatt,
nicht aus Tuchblatt,
nur aus gutem, ganzen Lederblatt
liefert billigst
Otto Fricke, Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.
Wiederverkäufer Vorzugspreise. 1240

Kaufgesuche

Alle Sorten Felle, Häute, Tierhaare u. Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Kürschnerlehn 2. Tel. 1178

Zahle die höchsten Preise
für alte Maschinen, Motore, ganze Maschinenanlagen gegen sofortige Kasse.
K. Köhler,
Kleiner Sandberg 23.
Telephon 5102

Jeden Posten Hauslumpen, Wolle und Schafwolle
kaufen zu höchsten Tagespreisen
Kulter & Noack,
Kl. Klausstraße 6.
Telephon 4932.

Möbelvertrieb
Romanus Skipka & Co.
Leipzigerstrasse 16 :: Steinweg 20
Wohnungs-Einrichtungen
in allen Preislagen.
Spezialität:
Verkauf nach Zeichnung zur Lieferung direkt ab Fabrik, daher äusserst preiswert.

Nicht der dümmste Bauer hat die größten Kartoffeln,
sondern wer seine Nutzanwendungen entnimmt aus der Zeitschrift
Der Lehrmeister im Garten und Kleintierhof.
Vornehmste Wochenschrift für alle Gebiete im Garten, Haus und Hof.
Verbreitungsgebiet des Lehrmeisters:
Schreber- und Privatgartenbesitzer, Schulgärten, Berufs-, Stadt- und herrschaftliche Gärtner, Gutsbesitzer, Landwirt, Landwirtschaftliche Institute, Pfarrer, Lehrer, Ärzte, Rentiers, Postbeamte, Eisenbahnbeamte, Garten- und Obstbauvereine, Vereine für Geflügel-, Hunde-, Kaninchen- u. Bienenzucht, Tierschutzvereine, Botanische u. zoologische Gärten, Fremdenheime, Landwirtschaftskammern, Landratsämter, Gemeindevorsteher, Züchtereien, Winterschulen, Gartenbauschule-Kolonisten im Auslande usw. usw.
Der „Lehrmeister"
ist zu beziehen durch die Buchhandlung der „Volksstimme", Große Ulrichstraße 27, oder an Leser der „Volksstimme", gegen eine monatliche Bestellgebühr von 20 Pfg durch die Austräger oder per Post, zum vierteljährlichen Bezugspreise von M. 5.— ab 1. April. Bei quartalsweiser Vorauszahlung liefern wir die bis April erscheinenden Wochenhefte gratis, ebenso Probenummern.
Verlag der Volksstimme G. m. b. H.
Postscheckkonto Leipzig 87573.
Bestellung auf der Postscheck-Zahlkarte genügt.

Wilhelmine Theuring,
Domplatz 9 — Telephon 5659
zahlt
höchste Preise
für
Rohprodukte aller Art.
Abholungen kostenlos.
Bei Eisen und Metallen muß jeder Verkäufer sich als Eigentümer legitimieren können

---

Stellen finden

Zwei junge Mädchen als
Verkäuferin
sofort gesucht
Hermann Böliger,
Hofermühlen, Wolle, Weiße, Kurz-, Manufakturwaaren.

---

8 Maurer,
2 Bauarbeiter,
2 Zimmerleute
für dauernde Arbeit
bei höchstem Lohn per sofort gesucht.
Chemische Fabrik Bukau,
Werk Ammendorf bei Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200414-16/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

„Freier Sängerchor" Mitgl. d. Arb.-S.

Vereinslokal „Zum Schultheiß" Merseburgerstr.

Singestunden jeden Freitag abend 8 Uhr.

Wir ersuchen alle Sangesbrüder die Singestunden regelmäßig und pünktlich zu besuchen und bitten auch alle Genossen, die sich uns noch anschließen wollen, am kommenden Freitag zu erscheinen. Nach unseren Statuten können nur die Sänger bei Konzerten (am 1. Mai!) mitwirken, welche die letzten drei Singestunden besucht haben.

Der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 14. April 1920.

Kreistagssitzung des Saalkreises.

Gestern traten die Abgeordneten des Saalkreises zu einer Kreistagssitzung zusammen. Für den verstorbenen Abg. Sachse-Seeben wurde der Lagerhalter Gase-Seeben eingeführt.

Oekonomierat Hubbe erstattete den Bericht über den Sparkassenabschluß 1918. Aus ihm war zu ersehen, daß der Kasse ein Kursverlust von 3 368 000 Mk. an gezeichneten Kriegsanleihen zufällt.

Es wurden darauf die vorgelegten Satzungen des Kaufmanns- und Kreisgewerbegerichts genehmigt. Einem Antrag Driebusch, der die Herabsetzung des Wahlalters sowie die Gleichberechtigung der Frau forderte und in diesem Sinne bei den gesetzgebenden Körperschaften einzuwirken ersuchte, wurde zugestimmt.

Zwecks **Erhebung eines Zuschlages zur Wertzuwachssteuer** wurde folgender Erlaß einstimmig angenommen: „Zu dem Anteil an dem Reichszuwachssteuergesetzes dem Saalkreis zufließt, wird ein Zuschlag von 100 Prozent erhoben. Diese Ordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft."

Es wurde darauf auf Antrag Teubner die Revision des Vertrages mit dem Provinzialverbande der Provinz Sachsen betr. Beaufsichtigung der Kreisstraßen beschlossen. Der vom Vorsitzenden empfohlenen Kündigung wurde nicht zugestimmt.

Hierauf wurden gewählt: Schiedsmänner für die Bezirke Brachwitz, Dölau, Niemberg, Döllnitz, Wörmlitz, Trebnitz und Morl, Schiedsmannstellvertreter für Döllnitz, Wörmlitz und Dölau, Mitglieder für die Ausschüsse zur Auswahl von Schöffen und Geschworenen an den Amtsgerichten in Halle, Könnern, Wettin und Alsleben für 1921, Schauämter für Wasserläufe dritter Ordnung.

Die unabhängige Mehrheit beschloß dann, daß als Amtsblatt für den Saalkreis nur das „Volksblatt" zu gelten habe. Landrat Gen. Thiele wies darauf hin, **daß das bisherige Amtsblatt gemäß einem Beschlusse des Kreisausschusses (auch die Unabhängigen stimmten dafür) zu Recht erscheine. Er werde auf Grund dessen den heutigen Beschluß anfechten.**

Es erfolgte darauf die Wahl von Amtsvorstehern und Stellvertretern für die Bezirke Beesenslablingen, Rothenburg, Trebnitz, Krosigk, Brachstedt, Mötzlich, Petersberg, Gutenberg, Niemberg, Brachwitz; von Amtsvorstehern für den Bezirk Osmünde; von Stellvertretern für die Bezirke Lettin, Micheln und Dieskau. Sämtliche Vorschläge der Unabhängigen wurden angenommen.

Zum Kreisdeputierten wurde Albrecht-Könnern gewählt.

Hierauf kam es zur Beschlußfassung über die Vorschläge zur Wiederbesetzung des Landratspostens. Abg. Wolff (Unabh.) brachte eine Resolution ein, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß der jetzige kommissarische Landrat nicht das Vertrauen aller Kreistagsabgeordneten besitze. In der Resolution wurde weiter **das Fortbestehen des Arbeiterrats als Kontrollstelle der Behörden gefordert. Von der unabhängigen Mehrheit wurde die Resolution dann angenommen. Hierauf erfolgte die Wahl und es wurde mit 24 von 32 Stimmen der Amtsvorsteher Driebusch-Schönnewitz (Unab.) der Regierung als Landrat des Saalkreises vorgeschlagen. Gen. Thiele erhielt 12 Stimmen.**

Arbeiterjugend kommt zu uns.

Einem Artikel der „Arbeiter-Jugend" entnehmen wir Folgendes:

Millionen aus der Arbeiterjugend gehen durch ihre jungen Jahre, blind für all das Schöne, das wir lieben. Wir haben gesehen, wie sie hungern, betteln, stehlen, in Gefängnissen sitzen; wir haben sie in Kinos und schlechten Theatern, in Gastwirtschaften, in Kaffeehäusern und auf den Tanzböden gesehen. Wir haben sie bei leichter und schwerer, aufreibender und menschenunwürdiger Arbeit beobachtet. Und Euch, die Ihr zu diesen gehört, rufen wir zu: Kommt zu uns! Wir wollen Euch lehren. Wir wollen Eure Augen hell und klar machen! Wir wollen Euch Lachen und Frohsinn und auch rechten Ernst lehren! Wir wollen Euch Kummer und Verdruß aus der Seele scheuchen!

Kommt mit uns, Ihr Brüder und Schwestern! Kennt Ihr schon den Sonnenaufgang auf freien Höhen, wenn die Vögel erwachen, und jubelnd ihre Lieder schmettern? Kennt Ihr das Schweigen im Walde zur hohen Mittagszeit? Habt Ihr das Flimmern und Zittern der heißen Bodenluft auf glühender Heide bei wolkenlosem Himmel erlebt? Oder das majestätische Grollen des Donners auf freiem Felde? Kennt Ihr die weltentrückte Einsamkeit der Berge und des Meeres? Wißt Ihr von den süßen Schauern hiller Mondnächte? Habt Ihr den Zauber einer Maiennacht empfunden? Habt Ihr auch nur einmal den Frühling wahrhaft körperlich erlebt, so daß Ihr und die kraftstrotzende, schwellende Natur eins ward? O, Ihr müßt es erleben. Ihr seid sonst keine Menschen! Ihr müßt sie Euch erwandern, diese Welt, daß Ihr die Arme ausbreiten und die Erde umfangen möchtet, den Boden, der unsere Heimat ist, daß Ihr tief und wahrhaft erbebt bei dem Gedanken an unsere heilige Mutter Erde.

Kommt zu uns, Ihr Jungen und Ihr Mädchen! Wir wollen Freunde werden. Wißt Ihr schon, was das heißt? Manchen zu haben, die mit Dir leben, in Dir leben, für Dich Sorgen tragen, mit Dir lachen und traurig sind? Wenn Dein Herz voll ist von Schmerzen, Du trägst sie hin zum Freund, zur Freundin, und Dir wird leichter und wohler zu Mute. Und wenn Du überströmen willst vor wirbelnder Freude. Du kannst es nicht für Dich behalten. Du suchst nach einer Seele, die Anteil nimmt an Dir. Welch hohes Glück liegt in der Freundschaft! Kommt zu uns, hier kannst Du sie erleben!

Und mehr als das. In unserer Mitte lernst Du, wenn Du die Schule verlassen hast, von allem Schönen, von allem Großen den wahren Sinn verstehen. Wir lesen miteinander gute Bücher, besehen schöne Bilder, singen echte Lieder, bilden unser Auge und unser Ohr, daß es sich freuen kann am Schönen, an edlen Formen, an Rhythmus und schöner Musik. Daneben wollen wir wissen, was alles die Erde und der weite Weltraum birgt an Wundern tausendfach. Und auch die Menschenwelt wollen wir kennen lernen, wie sie geworden ist und wie sie heute ist, damit wir wissen, wo wir mit unserer Kraft anpacken können, um uns, der Menschheit, zu helfen, daß wir in Zukunft alle ein schöneres Dasein führen können.

Dazu aber sind wir, die Jugend, allein nicht fähig. Wohl sind jetzt schon Tausende imstande, das Große, das Schöne, das Edle zu erleben. Aber wer hat es ihnen möglich gemacht? Wer hat den jugendlichen Arbeiter dazu geführt?

Im Jahre 1863 gründete Ferdinand Lassalle den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Er hatte nur wenige Hundert Mitglieder. Heute ist daraus die weltumspannende Sozialdemokratische Partei geworden. Ihr seid die Erben einer ungeheuren, Jahrzehnte dauernden Arbeit von Hunderttausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen, die mit gewaltigem Kampfesziel vor Augen, ihre harte, harte Pflicht im politischen Kampf gegen alle die taten, die der Arbeiterklasse ihren Aufstieg mißgönnen. Der Präsident des Deutschen Reiches ist ein Sozialdemokrat, darin zeigt sich, was wir erreicht haben — Und daneben haben die Gewerkschaften im Kampf um höheren Arbeitslohn und kürzere Arbeitszeit Unermeßliches geleistet. Sie mußten: Mensch sein, das heißt Zeit haben, das heißt: nicht mehr körperlich hungern müssen? Betrug der Lohn vor 50 Jahren nicht vielfach kaum 8 bis 10 M. die Woche? War das größte Vergnügen nicht der Alkoholrausch?

Jungen und Mädchen! Das Elend wird wiederkehren, wenn die Arbeiterschaft nicht ihre Augen offenhält. Wiederkehren wird der menschenmordende Krieg, wenn nicht jeder Arbeiter, jede Arbeiterin aufpaßt. Dazu könnt auch Ihr helfen, die Ihr jetzt die Schule verlassen habt. Liest diese Zeitung — sie bringt Euch immer Schönes und Wissenswertes. Schließt Euch mit Gleichaltrigen zu Arbeiterjugendvereinen zusammen! Taucht unter in die Welt des erhebenden Erlebens! Arbeitet mit an der Befreiung der Arbeiterklasse, der Ihr angehört, an der Befreiung der Menschheit! Tut Eure Pflicht, das Ihr mit zwanzig Jahren den Alten einen Teil der schweren Bürde abnehmen könnt, die auf ihnen lastet! Und fühlt es ganz und fühlt es tief, daß es wie Urgewalt in Euch sich reckt, was unser Freund Claudius, der Arbeiterdichter, in unserem schönen Wanderliede sagt:

Wann wir schreiten Seit' an Seit'
Und die alten Lieder singen,
Und die Wälder wieder klingen,
Fühlen wir, es muß gelingen:
Mit uns zieht die neue Zeit!

Zum Protest der Hallenschen Musiklehrer am 10. April.

Herr Stadtschulrat Brendel sendet uns folgende Darlegung zur Veröffentlichung:

Durch Erlaß vom 5. Mai 1919 hat der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung angeordnet, daß die Einrichtung oder Fortführung der Privatanstalten für Musik und Tanzkunst sowie die Unterrichtserteilung in Musik und Tanz durch Einzellehrer (-lehrerinnen), gleichviel, ob es sich um die Ausbildung zu gewerblichen Leistungen handelt oder zu solchen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst obwaltet, die Erlaubniserteilung durch die Schulaufsichtsbehörde erfordert. Die Erlaubniserteilung erfolgt nach Prüfung der wissenschaftlichen und sittlichen Befähigung der Anstaltsleiter (-leiterinnen) bzw. Einzellehrer (-lehrerinnen) für die Anstalten durch die Regierung, für die Einzelkräfte durch die Kreisschulinspektion.

Wenn die Musik- und Tanzlehrer dem Kreisschulinspektor in ihren Leistungen nicht genügend bekannt sind oder keine ausreichenden Zeugnisse vorlegen können, müssen sie ihre Befähigung vor einer Kommission von Sachverständigen in einer Prüfung oder Lehrprobe nachweisen. Der Unterzeichnete hat damit die Herren Konservatoriumsdirektor Heydrich, Universitätstanzlehrer Rocco und den Direktor der gewerblichen Fortbildungsschule, Köneke, beauftragt. Der Angriff der Protestversammlung auf die Herren Heydrich und Köneke ist nach meiner Ansicht durchaus unberechtigt. Herr Heydrich ist als tüchtiger Musiker, Kapellmeister, Sänger und Komponist wohl bekannt. Bei den Prüfungen in seinem Konservatorium habe ich ihn als erfahrenen Pädagogen und gewissenhaften Examinator kennen gelernt; auch weiß ich, daß er als Vorsitzender des Direktorenvereins deutscher Musikseminare und Konservatorien vielfach als Prüfungskommissar des Verbandes tätig ist. Auch der Direktor der gewerblichen Fortbildungsschule, Herr Köneke, ist in der Kommission durchaus am rechten Platze, da ihm die Aufsicht über den gewerblichen Unterricht unserer Stadt untersteht.

Es haben schon viele Musiklehrer (-lehrerinnen) den Erlaubnisschein ausgestellt erhalten, aber bis jetzt haben noch keine Prüfungen oder Lehrproben stattgefunden. Die Kommission hat mit einer staatlichen Musiklehrerreifeprüfung nichts zu tun; solche gibt's in Preußen überhaupt noch nicht, und das müßte doch den Unterzeichnern des Protestes bekannt sein.

Brendel.

Der gedrückte Rauscher.

Vor uns liegt ein Auszug aus dem Tabaksteuergesetz, das am 1. April in Kraft getreten ist. Wir entnehmen der Tabelle nachstehende Preisberechnungen für Zigarren, Zigaretten und Rauchtabak: eine Zigarre, die bisher 75 Pfg. kostete, wird danach aus rund eine Mark, eine solche von einer Mark auf 1,50 Mark zu stehen kommen. Zigarren von 2 Mark kosten in Zukunft 2,70 bis 3 Mark, solche zu 2,50 Mark werden nicht unter 3,50 Mark zu haben sein. Zigarren, die bisher 3 Mark kosteten, werden künftig auf 5 Mark zu stehen kommen. Ebenso einschneidend ist die Steuer auf die Preisgestaltung für Zigaretten. Die Preise werden sich erhöhen von 20 auf 30, von 25 auf rund 38, von 30 auf rund 45, von 40 auf etwa 65, von 50 auf etwa 78 und von 60 auf etwa 80 bis 85 Pfg. Auch die Preise für Rauchtabak werden eine wesentliche Erhöhung erfahren. Für feingeschnittenen Rauchtabak erhöht sich der Preis von 20 auf 30 Mark, von 30 auf 48 Mark, von 40 auf mindestens 70 Mark für ein Pfund Tabak. Bei Grobschnittabak wird sich der Preis von 20 auf etwa 25 Mark erhöhen.

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

12. Fortsetzung.

Eine Goldammer gefiel den Kindern gar zu gut, und als etliche Rotschwänzchen im Kole herumtänzelten, als wollten sie ihre Beine nicht gar zu sehr beschmutzen, da brachen die Kleinen in hellen Jubel aus und hüpften mit steifen Beinen herum, wie sie es von den Tierchen gesehen hatten.

Die Folge war, daß diese sich beleidigt zurückzogen und selbst dann wegblieben, als Leni und Florian ganz ernst versicherten: sie wollten es nicht wieder tun — und sie möchten doch nicht so dumm sein und sich nicht wieder sehen lassen.

Sie warteten eine ganze Weile, aber vergebens.

Der Knabe zuckte mißlaunig die Achsel. „Das hast du gemacht," sagte er zu der Kleinen, „du hast sie nachgeplottet."

„Sie kommen schon wieder," sagte Leni.

„Heut' nimmer," sagte Müllers Florian. „Ich geh' heim."

„Ich geh' mit dir," rief das Mädchen. „Ist weit bis zu dir hin?"

„O freilich, ich weiß nicht, ob du es wirst gehen können; aber komm' nur mit, ich trag' dich schon, wenn du müde wirst."

Das Mädchen überlegte.

„Ich zeig' dir unseren Garten," versprach der Knabe.

„O, da haben wir einen größeren."

„Hast du schon eine Mühle gesehen?"

„Nein, wie sieht die aus?"

„Weißt, wo man das Mehl macht. Die gehört meinem Vater, die zeig' ich dir."

Wer, der noch nie eine Mühle gesehen hat, möchte eine solche nicht sehen? Die Neugierde überwog, und das Mädchen lief munter neben dem Knaben her, oft über das lange Röckchen stolpernd, daß sie gar nicht zu halten wußte, worüber beide laut lachten. Was war das, eine Mühle, wo man das Mehl macht?

Sie waren schon ziemlich weit gegangen; das Mädchen fing an, müde und ängstlich zu werden, es hörte nicht mehr auf den kleinen Begleiter, der fortwährend versicherte, gleich müßten sie dort sein; er tat dies auch zu seiner eigenen Beruhigung, — so lang wie heute war doch der Weg noch nie gewesen. Beide Kinder kamen in die bedenklichste Stimmung. Jedes fühlte sich so weit weg vom Hause, und so allein, alles war so still, niemand zu hören noch zu sehen, höchstens ein Vogel flatterte vom Gezweige auf den Weg nieder, aber auf diese hatten sie schon lange nicht mehr acht. Sie vermieden es, einander anzusehen, denn das Weinen war jedem nahe, und wenn das eines an dem anderen bemerkt hätte, dann wäre der laute Jammer unabwendbar gewesen.

Aber da hörten sie plötzlich ein helles Klappern und Rauschen, der Knabe tat vor Freude einen Jauchzer, faßte die kleine Leni bei der Hand und sie rannten um die Ecke, da rauschte und klapperte es noch fröhlicher, und dort unten am Wege das Haus mit dem großen Rade daran, das war die Mühle, das Rauschen kam aber vom Wasser und klappern tat das Rad, so sagte wenigstens der Florian.

Sie standen über dem Fahrwege auf einem kleinen Fußsteige, diesen mußten sie verlassen und den auf der anderen Seite drüben einschlagen.

„Jetzt komm', jetzt trag' ich dich schon bis hin," rief fröhlich herumhüpfend der Knirps, er schärfte der kleinen Leni ein, sich ja recht fest an seinem Halse anzuhalten, faßte sie an den Füßchen und versuchte, sie aufzuheben, aber das ging nicht an, und sie lachte; weil sie so schwer war; da ließ sie der Florian vorerst los, und mit ernstem Gesichte spuckte er in seine Hände, wie er es von Großen hatte tun sehen, dann packte er aber an, mit einem Ruck hob er sie empor, und — beide kollerten über das hohe Gras hinunter auf den Fahrweg, da rangen sie sich von einander los, da saßen sie und sahen einander an und lachten, und der Knabe sprang auf und lief voran und das Mädchen hinter ihm her der Mühle zu.

Als sie nahe kamen, da bewunderte Leni wohl das Rad, wie das gar so groß war, aber da war nur noch Wasser zu sehen und kein Mehl. „Das sei drinnen in der Mühle," sagte der Florian. „Komm' nur!"

An einem Lattenzaun war ein kleiner Einlaß, Florian hob das Querholz geschickt aus und schob das Türchen nach einwärts, die Kinder traten in den Hof, ein großer Hund schoß auf sie zu und umsprang den Knaben; da er aber gegen das Mädchen bellte, so bekam er einen Puff, dem Schlage der kleinen Hand konnte er bei seinem zottigen Felle keine feindseligen Absichten unterlegen und so nahm er als verständiges Tier denselben als eine bescheidene Mahnung auf, sein Betragen gegen die kleine Dame zu ändern; er reckte daher seine Pranken zu deren Füßen hin, legte den Kopf darauf und bewegte auf dem aufrechtgehaltenen Hinterleibe wedelnd die Rute, was bei deren erhabenem Standpunkte sich sehr seierlich ausnahm; hätte der Hund nur seiner innersten Ueberzeugung über den Wert der Umgangsformen einigen Zwang angetan und nicht dabei gegähnt, aber das tat er.

An der Schwelle der Küche, durch die man auch hier unmittelbar vom Hofe in das Haus gelangte, erschien jetzt eine große, stattliche Frau. Es war die Müllerin. Der „Herlinger Florian" schien es für unehrenhaft gehalten zu haben, an ein Mädchen gewöhnlichen Schlages seine Freiheit zu verlieren, hier hatte er es leicht, sich auf die Uebermacht auszureden, denn sein Weib war viel höher und stärker als er.

Der Knabe lief auf die Mutter zu.

„Nun, Flori," sagte diese, „wen bringst du denn da mit?"

„Das ist die Leni."

Die Frau nahm beide Kinder an der Hand und ging nach der Stube, wo der Müller gerade über Rechnungen saß, sie öffnete halb die Türe und schob die Kinder vor sich hinein, und mit einem Schelmengesicht sagte sie: „Du, Vater, schau' einmal her, ob nicht der Florian dir ganz nachgeratet, da bringt er sich schon ein Dirndl mit."

Der Müller lachte.

Er hatte die Zeit über ein etwas behäbigeres Ansehen gewonnen. Es war nämlich nicht so gekommen, wie es die Leute erwarteten, sondern von dem Augenblick an, wo er mit Weib und Kind die Mühle in Besitz nahm, trug er den seßhaften, verheirateten Mann mit Auffälligkeit zur Schau, er gefiel sich darin und gewöhnte sich daran, und so wurde er zuletzt selbst, wofür er gehalten werden wollte, ein umsichtiger Geschäftsmann und sorglicher Familienvater, und so genoß er auch sein Teil Zutrauen in der Gemeinde und in der Umgegend.

Jetzt legte er die Feder weg und wandte sich nach den Kindern. „Wie heißt denn du?" fragte er das Mädchen, das ihm die Müllerin bis vor sein Knie geschoben hatte.

Das Kind lachte verlegen.

„Nun geh', so sag' mir es doch!" Er hob die Kleine auf seinen Schoß. „Wie heißt du denn?"

„Magdalena."

„Und mit dem anderen Namen?"

Das Mädchen besann sich: „Reindorfer," sagte es dann rasch.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200414-16/fragment/page=0005

* **Gen. Kleeis**, der schon vor längerer Zeit in Aschersleben von den Vertretern der beiden sozialistischen Fraktionen (die Ascherslebener Unabh. sind anscheinend objektiver wie ihre halleschen Genossen D. R.) zum Bürgermeister gewählt wurde, hat seine Stellung dort mit dem gestrigen Tage angetreten. Gen. Kleeis hat ungeachtet der „Vielseitigkeit", die ihm das Volksblatt des öfteren vorwirft, seine Ueberzeugungstreue bewahrt und ist dafür trotz anerkannter Tüchtigkeit von den unabhängigen Wortradikalen lohn- und brotlos gemacht worden. Noch bis zuletzt folgte ihm der Haß der Volksblattschreiber und in der letzten Nummer scheuen sie sich nicht, zu den Pressekulis der schwerindustriellen „volksparteilichen" Allgem. Zeitung hinabzusteigen, um mit denen in gemeinsamer Front, gemeinsam Anwürfe gegen ihn zu erheben. Wir bedauern das Fortgehen des Gen. Kleeis, der uns mit seinem reichen Wissen oft mit Rat und Tat zur Seite stand, außerordentlich und wünschen ihm im Bereich seiner neuen Tätigkeit Glück und Erfolg.

* **Hoppe immer noch in Freiheit.** Aus Leserkreisen wird uns berichtet, daß der von uns in Nr. 84 gekennzeichnete Leutnant und Mörder Hoppe noch immer durch die Straßen der Stadt in völliger Freiheit wandelt und durch sein gespreiztes Wesen friedliche Bürger zu provozieren versucht. Dieser Mann müßte längst an dem Ort sein, wo er hingehört, nämlich hinter die Gitterfenster der bewußten Anstalt am Kirchtor. Die Staatsanwaltschaft scheint sich ihrer Aufgabe gegenüber dem Mörder Hoppe nicht bewußt zu sein. Wo bleibt hier die Richtertat der Herren Retzband und Wolff?

Vermißt wird seit 7. April 1920 der Stadtkämmerer a. D. August Gründlich, 63 Jahre alt, 1,62 m groß, dunkles Haar, hohe Stirn, graumelierter Schnurbart, schlanke Gestalt, trägt graue Joppe, schwarze Weste, braune Hose, Stiefeletten und steifen schwarzen Hut. Wer Angaben über die Person des Vermißten machen kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 11, zu melden.

Wessen Fahrrad? Bei einer wegen schweren Diebstahls festgenommenen Person wurde ein Fahrrad „Marke Phänomen" Nr. 164 688, schwarzer Rahmen, schwarze Felgen, am Vorderrad ist der Mantel stark geflickt, Freilauf, aufwärts gebogene Lenkstange, stark verrostet, auf der Klingel die Firma Gustav Engel, Merseburg, auf dem Sattel die Firma Lepper, Bielefeld, eingepreßt, vorgefunden. Der Eigentümer des Fahrrades wolle sich umgehend bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstr. 4, Zimmer 70, melden.

* **Der Stahlhelm.** Bund der Frontsoldaten hält morgen Donnerstag, den 15. April, abends 8 Uhr im „Nikolaus" seine Mitgliederversammlung ab.

* **Zirkus Gebr. Blumenfeld jun.** hat nach mehr als sechsjähriger Abwesenheit in Halle seinen Einzug gehalten und gestern abend in gefüllter Arena die Eröffnungsvorstellung gegeben. Der mehrjährige, besonders auch auf alle Arten Tierparks vernichtend wirkende Krieg hat auch von den großen Zirkusunternehmungen arge Opfer gefordert. Doch gilt auch hier noch das Dichterwort: „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht." Weist der Marstall des Zirkus Blumenfeld zwar nicht wie ehedem u. a. 120 Pferde auf, so rief dennoch Dressur und Pflege der vorgeführten Pferde, besonders die Freiheitsdressuren, von Frl. Amalie Lorich und Herrn Direktor Alfons Blumenfeld vorgeführt, allgemeine Bewunderung hervor. Staunen erregten auch Nero und Pluto, Altmärker Zuchtbullen, geritten von Herrn Direktor Artur Blumenfeld und Enriko Puppchen, das weltberühmte Operettenpferd des Herrn Direktor Alex Blumenfeld erntete mit seinen Leistungen stürmische Beifallskundgebungen. Auch der Reitakt der Geschw. Tansly fand Bewunderung. Akrobaten, Jongleure und andere Artisten trugen zum Gelingen des reichhaltigen Programms, während die Zirkuskapelle im musikalischen und ein Trupp Clown den heiteren Teil desselben ausfüllten. Der zu kurzem Gastspiel gewonnene Hadbin Brons, der Herr des Todes, sorgte mit dem Todessprung aus schwindelerregender Höhe für die Nervenanspannung des Publikums. Ein abwechslungsreicher Spielplan für die folgenden Vorstellungen wird zweifellos weitere Sensation und eine volle Arena bringen.

Stadttheater: Heute, Mittwoch abends 7 Uhr wird die Komödie „Helden" von Shaw gegeben. Donnerstag „Wozzeck", Freitag „Der Wildschütz". In dem am Sonnabend, abends 7½ Uhr stattfindenden Konzert (II. Konzert der Robert Franz-Sing-Akademie) unter Leitung von Professor Alfred Rahlwes wirken solistisch mit, Sopran: Marta Thanner-Oster (Berlin), Alt: Paula Werner-Jensen (Berlin), Tenor: Heinrich Kühlborn (Hannover), Baß: Carl Rehfuß (Frankfurt a. M.), Violin-Solo: Konzertmeister Johannes Versteeg, Orgel (Harmonium): Max Feit (Leipzig), Chor: Die Robert Franz-Sing-Akademie. Zur Aufführung gelangt „Missa solemnis" von Beethoven. Sonntag nachmittag 3 Uhr Volksvorstellung „Nora", Sonntag abend 7 Uhr „Der Wildschütz".

Aus dem Verbreitungsbezirk.

Nietleben. Unzuverlässige Meldefahrer. Bekanntlich hatte das Hauptquartier Nietleben zur Zeit des Sturms auf Halle allerhand Fahrräder zusammengeborgt. „Es wird alles bezahlt." hieß es immer, wenn jemand Bedenken äußerte. De- und wehmütig ersucht jetzt der Arbeiterrat Ernst Waldheim alle diejenigen, die Fahrräder entliehen haben, doch selbige zurück zu bringen. Es wird angenommen, so stehts im „Volksblatt", daß die Leute nur vergessen haben, die Fahrräder abzuliefern. Da ist ja auch zu hoffen, daß andre Leute, welche man in Schutzhaft nahm, weil man sie angeblich nicht kannte, trotzdem einer davon in Nietleben Haus und Hof besitzt, auch noch die ihnen abgenommenen Wertsachen, ohne Eingreifen der Staatsanwaltschaft wieder bekommen. Wie z. B. der Schreiber dieses, dem man alle Ausweise, Invalidenkarte, Geld usw abnahm, dann laufen ließ, bis er an der letzten Postenkette wieder angehalten, schwer bewacht an seinem eigenen Hause vorbei ins Hauptquartier geschleppt wurde. „Wir kennen Sie nicht," sagten die Helden, trotzdem sich der Verhaftete bereit erklärte, sein Haus aufzuschließen und sich zu legitimieren. Komische Freiheitskämpfer sind doch manche Ultraradikalen.

* **Könnern,** 11. April. Die letzte Stadtverordnetensitzung hatte sich mit der Schadensersatzpflicht Könnerns der Stadt Halle gegenüber zu beschäftigen. Der Berichterstatter war der Unabhängige Peter. Da von anderen „Kriegern" schon festgestellt worden war, daß die Könneraner Kämpfer in den halleschen Schlachttagen in achtungsvoller Etappenweite gestanden hatten, lehnte die Versammlung vorläufig jeden Schadenersatz ab. — Da auf dem hiesigen Güterbahnhofe verschiedene Diebstähle vorgekommen sind, hat die Polizei Haussuchungen vorgenommen. Deren Ergebnis ist noch nicht bekannt.

Weißenfels. Errichtung eines Schulkindergartens. Nachdem von seiten des Kultusministeriums die Errichtung eines Schulkindergartens in hiesiger Stadt genehmigt worden ist, beschäftigt sich die Stadtverwaltung mit der Errichtung desselben. Als Lehrpersonal werden voraussichtlich zwei geprüfte Kindergärtnerinnen und eine geprüfte Praktikantin benötigt. Als geeignete Räumlichkeiten für den Kindergarten wird für die Altstadt das Luisenheim, welches bisher schon als Kindergarten und Krippe diente, und für die Neustadt der Neustadtkinderhort in Vorschlag gebracht.

Closchwitz. Gemeindevertretersitzung. Die Rechnungslegung für 1919 wurde gutgeheißen. An Vergnügungssteuer soll von jetzt ab jedesmal 10 Mark erhoben werden. Es lagen drei Anträge des Elternbeirats der Schule vor. Der erste betr. Reinigung der Schulräume wurde genehmigt. Der zweite, Vergrößerung der Schule, soll der Regierung unterbreitet werden. Die Verhältnisse an der hiesigen Schule sind unhaltbar. Die Kinder büßen hier gegenüber den Kindern in den Volksschulen mindestens 2¾ Jahre von ihrer Lernzeit ein. Die Handarbeitslehrerin soll geprüft werden. Zum Steuererheber wurde einstimmig der Gastwirt Richter gewählt. Unter „Verschiedenes" beschwerte sich Gen. Kahlke über die bisher angewandte Methode der Lebensmittelverteilung. In Zukunft sollen immer mehrere Mitglieder der Lebensmittelkommission bei der Verteilung zugegen sein, da alles Mißtrauen beseitigt werden soll.

Geiseltal. Bergarbeiterversammlungen. Zwei überaus stark besuchte Bergarbeiterversammlungen fanden am Sonntag, den 11. April in Runstedt und Möckerling im Geiseltale statt. Die Kameraden Undeutsch und Hesse, Halle, sprachen über den Generalstreik und seine Lehren, sowie über die Beitragserhöhung. Die Referate wurden mit großem Beifall aufgenommen. Ferner stimmten die Kameraden der Beitragserhöhung, in Anbetracht der noch kommenden Gewerkschaftskämpfe, einmütig zu. Die Kameraden geben der Meinung Ausdruck, die dem Verbande noch fernstehenden Kameraden mögen sich endlich organisieren, damit sie nicht mühelos in den Genuß der durch die Organisation errungenen Löhne und andere Vorteile kämen. Die Vertrauensleute des Geiseltales beschlossen einstimmig, am 7. Juli einen Lokalbeamten aufzustellen mit dem voraussichtlichen Sitz in Merseburg.

Dietersdorf. Oeffentliche Versammlung. Sonnabend fand hier eine gut besuchte Versammlung statt, in der Gen. Drescher-Halle über „Die letzten Ereignisse und die kommenden Wahlen" sprach. Die Ausführungen des Referenten über die „Kappregierung" fanden ganz besonderes Interesse, da über diese ganze Sache nur wenig Klarheit in unseren einsamen Harzort gedrungen ist. Lebhafte Zustimmung fand der Redner, als er darauf hinwies, daß solchen reaktionären Putschen nur dadurch vorgebeugt werden können, wenn bei den kommenden Wahlen das deutsche Volk durch richtigen Gebrauch des Stimmzettels seine politische Reife beweisen würde. Es wurde zum Schluß allgemein gewünscht, daß möglichst oft solche aufklärenden Versammlungen stattfinden möchten.

Nudersdorf b. Wittenberg. Oeffentliche Versammlung. In einer am 10. April stattgefundenen Versammlung sprach Gen. Sonneburg-Piesteritz über „Die Lehren des Monarchistenputsches und die Reichstagswahlen". In leicht verständlicher Weise legte der Redner die verderblichen Machinationen und die Kampfesweise der monarchistischen Parteien dar, die es durch planmäßige Agitation in den Reihen der Reichswehr verstanden hatten, einen Teil der Mannschaften für ihre verbrecherischen Pläne heranzuziehen. Die geschlossene Einheit des schaffenden Volkes fegte die Militärdiktatur hinweg. Er führte dann aus, daß dieser Putsch bewiesen habe, daß nur Einigkeit die Früchte der Revolution erhalten könne und daß ernstlich an die Einigung der soz. Parteien gedacht werden soll und muß; allerdings hätten wir von der alten Partei es nicht nötig, von unserem Programm und unseren Grundsätzen abzugehen. Bei den kommenden Wahlen müssen wir dafür sorgen, daß durch eine in unserem Sinne zusammengesetzte Parlamentsmehrheit das Kabinett unseren Wünschen entsprechend umgestaltet wird. In der Diskussion sprach Gen. Schlemm, der die Ausführungen des Referenten unterstrich und in der Diskussion die Tätigkeit des Gen. Noske den Offizieren gegenüber kritisierte. Betr. Maifeier beschloß die Versammlung, vormittags im Gasthaus „Zur grünen Birke" eine Versammlung und nachmittags ½3 Uhr ein Kränzchen im Gasthaus „Zur Eisenbahn" abzuhalten. Als Delegierter zur Bezirksunterkonferenz Wittenberg wurde Gen. Schlemm gewählt, desgl. auch zu der Konferenz in Halle am 18. April.

Torgau. Die Tage der Gegenrevolution, das hiesige Militär und der Generalstreik. Als am Sonnabend, den 13. März, die Kunde kam, daß die Regierung gestürzt sei, bildeten alle sozialistischen Parteien einen gemeinsamen Aktionsausschuß, um eine geschlossene Front gegen die Kapp-Lüttwitze zu bilden. Am Sonntag-Morgen begaben sich die Gen. Schröder und Reichelt zum Kommandeur Oberstleutnant Reinecke, und verlangten von ihm eine klipp und klare Antwort, wie er sich zu der Sache stelle. Er erklärte rundweg, für ihn gäbe es nur eine Regierung und das sei Kapp-Lüttwitz. Er befolge die Befehle des Reichswehrministers und das sei Lüttwitz. Das war deutlich und wir wußten damit Bescheid. Am Sonntag-Nachmittag wurde der Volkswehrdoppelzug, weil er auf Seiten der alten Regierung stand, von Kürassieren entwaffnet und einige Unteroffiziere, weil sie die Herren Offiziere auf ihren Meineid aufmerksam machten, verhaftet. Am Montag setzte dann der Generalstreik ein. Unsere Kuriere, die wir nach Falkenberg und Eilenburg sandten, konnten nur über Schwindelnachrichten berichten. Ueberhaupt wurden wir mit Schwindelnachrichten förmlich überhäuft. Im Laufe des Vormittags verhängte der Militärgewaltige Reinicke den verschärften Belagerungszustand über Torgau und jagte in provozierender Art und Weise starke Patrouillen in der Stadt umher. Nur der Ruhe und Besonnenheit der Arbeiter sowie der musterhaften Führung ist es zu danken, daß es nicht zu Blutvergießen kam. Im Laufe der Woche gelang es uns, ein Flugblatt herauszugeben, um die Arbeiter über die wahre Lage aufzuklären. Der Verfasser des Flugblattes wurde in Schutzhaft genommen, jedoch bald wieder entlassen. Um endlich einmal Klarheit über die Lage zu schaffen, fuhren am Freitag-Morgen der Gen. Alpers und Gen. Hanke (U.S.P.) nach Merseburg und Halle. In Merseburg nahm der Gen. Alpers Rücksprache mit Gen. Krüger und übergab ihm einen Regimentsbefehl des Oberstl. Reinecke, worin er die Truppen zum Meineid aufforderte. Gen. Krüger versprach, mit dem Gen. Hörsing Rücksprache zu nehmen, um den sauberen Herrn Reinecke kalt zu stellen. Jedoch ist der Militärgewaltige heute noch am Ruder. In Halle waren die Abgesandten Augenzeugen der Mordtaten der Panzerautos in der Gr. Ulrichstraße und nur mit knapper Not entrannen sie den Mordgesellen. Von unserer Parteileitung in Halle war uns dann empfohlen, falls keine örtlichen Verhältnisse mehr vorlägen, den Streik abzubrechen. Am Sonnabend wurde dann der Generalstreik für beendet erklärt. Auch hier in Torgau hat es sich gezeigt, welch kolossale Macht die Arbeiter und Beamten in den Händen haben, wenn sie einig sind. Darum Arbeiter seid einig. Der Feind steht rechts. Nach Niederschlagung des Kapp-Putsches erklärte Herr Oberstl. Reinecke: „Wir haben treu zur alten Regierung gestanden." Der saubere Herr hat den Namen in der Tat. Reinecke-Fuchs ist schon schlau, „noch schlauer Oberstl. Reinecke". Es wird bald mal Zeit, daß hier mit einem eisernen Besen gekehrt wird. Hoffentlich bequemt sich der Herr Reinecke selber bald und geht. Es ist Tatsache, daß das ganze Offizierskorps während des Putsches auf Seiten der Kapp-Lüttwitze stand.

Straßberg i. Harz. Ein neuer Ortsverein wurde am Sonntag, den 11. April, hier gegründet. Vorher sprach Genosse Bezirkssekretär Drescher-Halle in einer öffentlichen Versammlung über den Kapp-Putsch und die nächsten Wahlen. In der Diskussion meldete sich ein Redner der Unabhängigen aus Harzgerode zum Wort, der kurz den Standpunkt der U.S.P. vertrat, aber in seinen Ausführungen sehr sachlich blieb. Im Anschluß an die öffentliche Versammlung blieb ein Teil der Besucher zu einer engeren Besprechung beisammen, in der eine Ortsgruppe der alten sozialdemokratischen Partei gegründet und ein provisorischer Vorstand gewählt wurde.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Gemäß dem III. Nachtrag zu den Stromlieferungsbedingungen sind für die Monate April bis Juni 1920 folgende Strompreise und Gebühren zu bezahlen:

0,81 Mk. für die Kilowattstunde Lichtstrom (§ 4 I),
0,41 Mk. für die Kilowattstunde Kraftstrom (§ 4 I),
1,35 Mk. für die Kilowattstunde Lichtstrom f. Wohnungen (§ 4 II),
33,40 Mk. Jahresgebühr für jede sechzehnkerzige Lampe in selbsttätigen Treppenbeleuchtungen und
39,60 Mk. Jahresgebühr für jede Lampe in Pauschalanlagen.

Halle, den 12. April 19200. **Der Magistrat.**

Lebensmittel-Kalender.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Donnerstag, den 15. April 1920 auf den Abschnitt [illegible] für die eingetragenen Kunden bei den Milchhändlern Hopfeld, Streiberstr. 29, Kunze, Körnerstr. 31, Meinhardt, Zietenstr. 5, Turley, Mansfelder Straße 5 und den Milchhändlerinnen Jäckisch, Gr. Brunnenstr. 16 und Ebert, Gr. Brunnenstr. 54. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 1,28 Mark abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Sonnabend, den 17. April, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Donnerstag, den 15. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 65 001 bis 68 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 70 Gramm zum Preise von 60 Pfg. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Milchsüßspeise in der Talamtschule am Donnerstag, den 15. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 53 001 bis 61 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 61 501 bis 68 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 2 Pakete zum Preise von 55 Pfg. für das Paket, abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Malzextrakt an Kinder bis zu sechs Jahren in der Talamtschule am Donnerstag, den 15. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 53 001 bis 61 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 61 501 bis 68 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann für jedes Kind bis zu 6 Jahren eine Büchse Malzextrakt zum Preise von 2,60 Mark abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Inlandsmarmelade. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in nächster Woche zum Verkauf gelangende Inlandsmarmelade vom 15 bis 17. April abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später. Die Ablieferung der bei obiger Verteilung abzutrennenden Marken hat bis spätestens zum 3. Mai zu Hunderten gebündelt, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, I. Obergeschoß, Saal links, unter Angabe des Restbestandes zu geschehen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Halle, den 14. April 1920. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Der Vorstand hat in seiner Sitzung am 12. April 1920 den am 24. Oktober 1919 gefaßten Beschluß, den nach dem Gesetz vom 26. September 1919 bezugsberechtigten Wöchnerinnen anstatt der baren Beihilfen freie Behandlung durch Hebamme und Arzt sowie die erforderliche Arznei bei der Niederkunft und bei Schwangerschaftsbeschwerden zu gewähren, aufgehoben.

Es treten mithin die Bestimmungen des Gesetzes vom 26. Sept. 1919 wieder in Kraft, nach welchen die bezugsberechtigten Wöchnerinnen außer Wochengeld und Stillgeld einen einmaligen Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von Fünfzig Mark und bei Schwangerschaftsbeschwerden eine Beihilfe bis zum Betrage von Fünfundzwanzig Mark erhalten. 1392

Halle a. S., den 13. April 1920.

Innungskrankenkasse der Bau-Innung zu Halle a. S. und den Saalkreis.

gez. Hermann Pfeffer, Vorsitzender.

Fundsachen-Verkauf.

Freitag, den 16. und Sonnabend, den 17. ds. Mts. von 9 Uhr vormittags an findet in unserem Fundbureau hier, Thielenstr. Nr. 1, öffentliche Versteigerung von Fundgegenständ. geg. sofortige Barzahlung statt.

Eisenbahndirektion.

Schluss der Anzeigen-Annahme vormittags **9** Uhr.

Bitterfeld

Bekanntmachung.

Auf Abschnitt 36 des Lebensmittelscheines wird vom **Freitag, den 16. ds. Mts. ab 100 Gramm Speiseöl** ausgegeben.

Die Geschäftsleute und Butterverkaufsstellen werden ersucht, das Oel Donnerstag, den 15. ds. Mts. von 9 Uhr bis 12 Uhr vorm. in der Butterhandlung des Herrn **Meyer** Inn. Bismarckstraße Nr. 10 in Empfang zu nehmen.

Bitterfeld, den 13. April 1920.

Der Magistrat.
Richter.

Spiritusmarken.

Die Ausgabe von Spiritusmarken erfolgt **Donnerstag, den 15. April ds. Js.** im Zimmer 3 des Rathauses in der Zeit von 8 bis 1 Uhr.

Da wir nur noch eine ganz geringe Anzahl zur Verfügung haben, können Marken nur noch zur Kranken- und Säuglingspflege verabfolgt werden.

Bitterfeld, den 13. April 1920.

Der Magistrat.
Richter.

Weißenfels

Dienststunden d. städtischen Verwaltung.

Die Dienststunden für die städtischen Büros und Kassen werden vom 21. April ds. Js. ab werktäglich von vormittags 7 Uhr bis nachmittags 2 Uhr festgesetzt.

Der Dienstverkehr der Büros und Kassen mit dem Publikum wird auf die Vormittagsstunden von 7—12 Uhr beschränkt.

Weißenfels, den 12. April 1920.

Der Magistrat.

Auszahlung von Familienunterstützungen.

Die nächste Auszahlung der Familienunterstützungsbeträge an die Angehörigen der zum Heeresdienst Einberufenen findet am **Freitag, den 16. April 1920,** in der Stadthauptkasse (Rathaus), Zimmer Nr. 5, vormittags von 8 bis 1 Uhr statt.

Die Empfänger haben jede wichtige Veränderung ihrer Verhältnisse (Geburt und Tod bei Kindern, Vollendung des 15. Lebensjahres bei Kindern, Uebernahme lohnender Arbeit, Bezug von Hinterbliebenenrente, Erwerb von Vermögen 2c.) dem Kriegsunterstützungsamte (Rathaus, Zimmer Nr. 7) anzuzeigen. Insbesondere ist sofort mitzuteilen, falls der Einberufene vom Militär entlassen bezw. bis zur Entlassung beurlaubt ist.

Weißenfels, den 14. April 1920.

Der Magistrat.

Naumburg.

Bekanntmachung.

Matz wird am Mittwoch nachm. von 1—4 Uhr in der Molkerei am Bahnhof auf Vorhaltemarke 43 der Karten Nr. 1—1500 des 2. Bezirks ausgegeben. Auf jede Marke ½ Pfund zum Preise von 2,55 Mark das Pfund.

Marmelade oder Sirup werden vom Donnerstag bis einschl. Sonnabend, den 17. 4., an Verbraucher ausgegeben. Auf jede Marke Nr. 45 ½ Pfund.

Marmelade zum Preise von Mark 3.70 das Pfund in fast allen Geschäften,

Sirup zum Preise von Mark 1.50 das Pfund bei Beyrich, Erfurt, Fenk, Förster Nachf., Franke, Jähnert, Konsum-Verein, Gr. Fischstr., Kindermann, Kühndorfs Nachf., Rabestein, Risch, Röder Nachf., Orlishausen Nachf., Pöschmann, Scholze, Fr. Voll, Webergasse, Zeiler.

Anspruch auf eine bestimmte Sorte besteht nicht. Händler können ihre Vorräte an Marmelade, soweit [illegible] Ware vorhanden, bis Mittwoch mittag bei der Firm[illegible] ergänzen. Ablieferung der aufgeklebten M[illegible] Bestandesangabe hat am Montag, den [illegible]

Naumburg a. S., den 12. April [illegible]

Der Magistrat.